

## **Politische Macht, Faschismus und Ideologie. Ernesto Laclau Auseinandersetzung mit Nicos Poulantzas<sup>1</sup>**

Die Rezeption der Schriften von Nicos Poulantzas, einem der prominentesten marxistischen Staatstheoretiker der 1970er Jahre, hatte einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung des Werkes von Ernesto Laclau. Im Folgenden werde ich zeigen, dass man dabei zwei thematische Felder und auch Radikalitätsgrade dieser Auseinandersetzung unterscheiden kann: Zunächst interveniert Laclau in die Kontroverse zwischen Poulantzas und dem britischen Politikwissenschaftler Ralph Miliband. Hier übt Laclau eine immanente Kritik am gesellschaftstheoretischen Instanzen-Formalismus der strukturmarxistischen Schule und verbleibt noch innerhalb einer modifizierten ‚historisch-materialistischen Problematik‘. Laclau begnügt sich dabei mit einer Historisierung des Begriffs des Politischen als Moment einer Teilbereichstheorie.

In der Diskussion von Poulantzas‘ Faschismusanalyse, die vor allem unter dem Aspekt der Bedeutung von ideologischen Krisen und Kämpfen geführt wird, formuliert Laclau allerdings Thesen, die nach seiner damaligen Einschätzung zwar lediglich Poulantzas‘ klassenreduktionistische Konzeptualisierung von Ideologien überwinden sollen, de facto aber den grundlegenden Umbau von Laclaus marxistischem Theoriegerüst vorbereiten – allerdings ohne diesen Umbau bereits vorzunehmen. Der ‚populare‘ Diskurs, die antagonistische Reklamation des partikularen Gemeinwesens, wird hier schon zum vornehmlichen Mechanismus des Politischen – zum Modus des ideologisch-politischen Klassenkampfes, wie es hier noch heißt –, aber das Politische ist hier noch nicht, wie in Laclaus postmarxistischer Phase, die Logik der Konstitution des Sozialen schlechthin. Trotz der paradigmatischen Differenzen zwischen Laclaus marxistischer und postmarxistischer Phase wird dabei allerdings eine erstaunliche *inhaltliche* Kontinuität seines Verständnisses von ‚linker‘ Politik erkennbar, die in seinem Plädoyer für einen linken Populismus und Nationalismus besteht.

### **1. Aufräumarbeiten im strukturmarxistischen Baukasten**

#### *1.1. Die Spezifik des Politischen*

In seinem ersten staatstheoretischen Hauptwerk *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen* (1968), das der vornehmliche Gegenstand der Poulantzas-Miliband-Laclau-Debatte der 1970er Jahre sein wird, ordnet Poulantzas die Politikanalyse in ein Theoriesystem ein, das sich wesentlich an Louis Althusser und Etienne Balibar's strukturelem Marxismus orientiert. Poulantzas unterscheidet zunächst eine „*allgemeine Theorie*“ von „*Einzeltheorien*“ und „*Teilbereichstheorien*“ (Poulantzas 1974, 10). Die allgemeine Theorie beinhaltet historisch-materialistische Grundkategorien, die den wissenschaftlichen Gegenstandsbereich ‚Geschichte‘ konstituieren: Produktionsweise, Gesellschaftsformation, Produktionsverhältnisse, Produktivkräfte, Determinante, Dominante usw. Einzeltheorien sollen dagegen eine konkrete historische Produktionsweise und Gesellschaftsformation analysieren, z.B. den Kapitalismus. Teilbereichstheorien schließlich seien solche, die bestimmte relativ autonome Instanzen, nämlich „Ökonomie, Politik, Ideologie“, untersuchen, „deren jeweilige Verbindung eine Produktionsweise und eine Gesellschaftsformation ergibt“ (10). Die „Theorie des Politischen“ (15) ist Poulantzas zufolge damit eine Teilbereichstheorie,

---

<sup>1</sup> Erheblich erweiterte Version des 2016 in A. Hetzel (Hg.): Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Nomos-Verlag, Baden-Baden erschienenen Aufsatzes. Ich danke Hartwig Schuck, Sven Ellmers, Olaf Kistenmacher und Caroline Kather für ihre ausführlichen und hilfreichen Anmerkungen und Korrekturen.

die den Begriff einer bestimmten Produktionsweise und allgemeine geschichtstheoretische Kategorien voraussetzt. Das soll im Folgenden erläutert werden:

Zunächst unterscheidet Poulantzas die Begriffe Produktionsweise und Gesellschaftsformation. Eine Produktionsweise bezeichnet nicht lediglich das ökonomische Feld, sondern die Gesamtstruktur einer aus den „Instanzen“ Ökonomie, Politik und Ideologie in spezifischer Weise zusammengesetzten Gesellschaftsordnung (12). Eine Produktionsweise als komplex strukturiertes Ganzes sei ein „abstrakt-formales Objekt“ (13), ein Begriff der Kernstrukturen einer Gesellschaftsordnung „in ihrem idealen Durchschnitt“<sup>2</sup>, während mit ‚Gesellschaftsformation‘ „ein soziales Ganzes [...] zu einem bestimmten Zeitpunkt seiner historischen Existenz“ (13) bezeichnet werde, also z.B. die französische Gesellschaft im Jahr 1968. Eine Gesellschaftsformation könne wiederum eine Kombination aus verschiedenen Produktionsweisen sein, wobei eine Produktionsweise die dominante Position innehat. Die Theorie des Politischen könne daher als Teilbereichstheorie auf der hohen Abstraktionsebene einer Produktionsweise (das Politische im Kapitalismus im Allgemeinen) und auf der niedrigen Abstraktionsebene einer Gesellschaftsformation (die politische Instanz in der französischen Gesellschaft des Jahres 1968) konzeptualisiert werden.

In einer Produktionsweise sei das Ökonomische in letzter Instanz determinierend, ohne immer die dominante Instanz sein zu müssen. Das Ökonomische, verstanden als bestimmte Struktur der Produktionsverhältnisse, bestehe im Kern aus den Besitz- und Eigentumsverhältnissen. ‚Besitz‘ wird uneindeutig als „*Verhältnis der realen Aneignung*“ (24) bestimmt, während ‚Eigentum‘ das Verfügungsverhältnis des „Nicht-Arbeitenden“ über die Arbeitskraft bzw. Produktionsmittel bezeichne (24).<sup>3</sup> Besitz- und Eigentumsverhältnisse kombinieren also die „invarianten Elemente“ ‚unmittelbare Produzenten‘, ‚Produktionsmittel‘ und „Nicht-Arbeitende“/Aneignende von Mehrarbeit (24). Diese Kombination innerhalb der Produktionsverhältnisse bestimme, so Poulantzas im Anschluss an eine Stelle im dritten Band des *Kapital*,<sup>4</sup> welche Art von Trennung und Verbindung der sozialen Instanzen existiere, weise diesen also ihre Position im sozialen Gefüge zu und bestimme so deren relative Autonomie. Im Gegensatz zum Modell der „expressive[n] Totalität“ (12), das die Determination durch die Ökonomie als völlige Unselbständigkeit der anderen Praxisfelder begreife (die Politik als bloßer Ausdruck der Ökonomie weist keine Eigenlogik auf, ist vollständig auf ökonomische Sachverhalte reduzierbar), sind also relative Autonomie des Politischen und Determination durch das Ökonomische keine Widersprüche. Im Rekurs auf eine Passage aus Marx‘ *Kapital*<sup>5</sup> (26) behauptet Poulantzas, dass die Determination durch die Ökonomie in vorkapitalistischen Produktionsweisen das Politische als dominante Instanz setzen könne, während die Ökonomie im Kapitalismus sowohl determinierende als auch dominierende Instanz sei. Anhand der kapitalistischen Produktionsweise stelle sich das Determinationsverhältnis wie folgt dar: Der Feudalismus sei durch das Auseinanderfallen von

---

<sup>2</sup> Marx 1989, 839.

<sup>3</sup> Poulantzas‘ Bestimmungen sind hier sehr unpräzise und zum Teil zirkulär (Eigentum bedeute im Unterschied zu Besitz, dass es den Nicht-Arbeitenden „als Eigentümer dazwischen treten lässt“ (Poulantzas 1974, 24)), sie werden aber am Beispiel der Differenz zwischen feudalen und kapitalistischen Produktionsverhältnissen (siehe unten) deutlicher.

<sup>4</sup> Vgl. Marx 1989, 799f.: „Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden.“

<sup>5</sup> Vgl. Marx 1993, 96Fn.

Eigentums- und Besitzverhältnissen gekennzeichnet. Die unmittelbaren Produzenten seien in *der* Form mit ihren Produktionsmitteln verbunden, als sie damit ihre Subsistenz bestreiten können. Das Mehrprodukt müsse ihnen daher in Form persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse „durch außerökonomischen Zwang abgepreßt werden“ (28). Im Kapitalismus hingegen bestehe eine „*Homologie*“ (25) von Nichtbesitz/Nichteigentum der unmittelbaren Produzenten an den Produktionsmitteln: Sie kommen erst nachträglich, durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft, überhaupt mit Produktionsmitteln in Kontakt und verfügen nicht einmal teilweise über die damit hergestellten Arbeitsprodukte. Das Mehrprodukt wird ihnen in Gestalt des Mehrwerts vermittelt über strukturelle Zwänge des Marktes (durch Nichteigentum/-besitz an Produktionsmitteln bedingter Zwang zum ‚freiwilligen‘ Tausch) abgepresst. Damit konstituiere sich eine Struktur des gesellschaftlichen Ganzen, die eine „*spezifische Autonomie*“ (27) der Instanzen Politik/Ökonomie aufweise. ‚Ökonomie‘ bedeute dann eine relativ autonome, weil marktvermittelte, Abpressung des Mehrwerts, ‚Politik‘ ein relativ autonomes, weil nicht *unmittelbar* die Mehrwertaneignung bewerkstelligendes Feld des organisierten Zwangs. Die politischen Strukturen bestünden damit „in der *institutionalisierten Staatsmacht*“ (41, vgl. auch 51Fn.), die im Kapitalismus die Form des staatlichen Monopols legitimer Gewaltausübung angenommen habe (vgl. 235f.).

Poulantzas verteidigt in seiner Theorie ‚Politik‘ als Teilbereichskonzept. Nicht nur verwendet er die Begriffe Politik/Politisches, die später in postmarxistischen Ansätzen jeweils eine eigenständige Bedeutung erhalten,<sup>6</sup> synonym, er wendet sich auch scharf gegen eine Entdifferenzierung des Begriffs des Politischen zum Inbegriff für den „historisch-dynamischen Aspekt“ *jeder* gesellschaftlichen Instanz. Dies führe zur „Abschaffung [...] der Besonderheit des Politischen, seine[r] Zersplitterung in lauter nicht unterscheidbare Elemente“ (36), würde „eine Untersuchung der Strukturen des Politischen und der politischen Praxis überflüssig“ werden lassen (37), was wohl so viel heißen soll wie die politische Theorie als Staatstheorie fallenzulassen, weil das Politische ja nun überall zu finden sei. Schließlich bewirke dies auch eine „Überpolitisierung der theoretischen Ebene“,<sup>7</sup> die in Schemata wie „bürgerliche Wissenschaft – proletarische Wissenschaft“ münde (36). Diese Bemerkungen stellen eine Art Kritik des Postmarxismus *avant la lettre* dar, treffen sie doch vielen seiner TheoretikerInnen gemeinsame Tendenzen, nämlich die Entdifferenzierung des Politischen vom mit dem Staat verbundenen Teilbereichsbegriff zum Zentralbegriff für Wandel und instituierende Praxis<sup>8</sup> und die extreme Politisierung des Diskurses im Sinne einer politischen Theorie der Wissensproduktion – die heute allerdings nicht mehr in einem klassentheoretischen Duktus daherkommt, sondern im Stile eines unspezifischeren epistemischen Relativismus und Machtreduktionismus formuliert wird.<sup>9</sup>

Allerdings meint auch Poulantzas, der politische (im Gegensatz zum bloß ökonomischen) Kampf des Proletariats sei der „Angelpunkt des Veränderungsprozesses“ (78) einer Gesellschaftsformation. Diese These ist aber Resultat seiner Auffassung der Zentralität des *Staates* für die Veränderung oder Bewahrung einer gesellschaftlichen Ordnung, d.h. politische Praxis besteht in der Bezogenheit des Handelns auf den Staatsapparat und kann auch die „Aufrechterhaltung“ einer Ordnung zur Folge haben oder intendieren (41). Daher sei die über den Klassenkampf vermittelte „Eroberung der Macht im Staat das Spezifische der politischen

---

<sup>6</sup> Politisches wird dort als instituierende und Politik als instituierte Praxis verstanden, je nach Vertreter aber anders benannt (z.B. auch als ‚Politik‘ vs. ‚Polizei‘).

<sup>7</sup> Im klassischen Althusserianismus der 1960er Jahre, dem Poulantzas hier treu bleibt, gibt es neben den Ebenen Politik, Ideologie, Ökonomie noch die der reinen Theorie/Wissenschaft.

<sup>8</sup> Vgl. Laclau/Mouffe (2000, 193), die betonen, dass „Politik als eine Praxis des Erzeugens, der Reproduktion und Transformation sozialer Verhältnisse nicht auf einer bestimmten Ebene des Gesellschaftlichen verortet werden kann, da das Problem des Politischen das Problem der Einrichtung des Sozialen ist“.

<sup>9</sup> Vgl. Mouffe 2013, 73f., 101 sowie Marchart 2011, 213.

Praxis“ (42).<sup>10</sup> Die Bedeutung des kapitalistischen Staates als Form des Politischen bestehe nämlich in seiner „globale[n] Kohäsionsfunktion“ (50) für gesellschaftliche Verhältnisse. Einerseits vereinzele der Staat die Individuen zu Rechtssubjekten und Konkurrenten auf dem Markt. Dieser „Vereinzelungseffekt“<sup>11</sup> werde aber vom Staat durch „die repräsentativen Institutionen der Einheit des Volkes als Nation“ (136) wieder kompensiert, wobei der Staat durch die Instanzen Politik und Ideologie die Hegemonie einer Klassenfraktion innerhalb des herrschenden Klassenbündnisses („Machtblock“) und die Hegemonie des Machtblocks im sozialen Gesamtgefüge (der herrschenden über die beherrschten Klassen) organisiere. Der Staat fungiere damit als „Einigungsfaktor“ (311) der herrschenden Klasse, indem er deren allgemeines Klasseninteresse (das gesamt-kapitalistische Interesse) politisch ermittle und durchsetze – und zwar auch und gerade gegen die unmittelbaren Interessen bestimmter Kapitalfraktionen oder konkurrierender Einzelkapitale (vgl. 295ff., 310ff.). Er sei somit in mehrfacher Hinsicht kein Instrument der herrschenden Klasse oder gar einer Klassenfraktion: Die Bourgeoisie sei kein homogenes, einheitlich als Gesamtkapital agierendes Klassensubjekt, sondern vielmehr in konkurrierende Einzelkapitale und Fraktionen zersplittert, deren unmittelbares Interesse häufig ihrem langfristigen widerspreche.<sup>12</sup> Den Einzelkapitalen müssten ihre langfristigen Interessen staatlich aufgezwungen werden. Der Staat sei aber auch kein unabhängig von Klassenkämpfen existierendes neutrales Subjekt, sondern Ort der Verdichtung der Kräfteverhältnisse dieser Klassen, in deren Kämpfen auf dem politisch-ideologischen Feld sich erst ein verbindlicher staatlicher Wille konstituiere (vgl. Poulantzas 1976b, 97). Um Hegemonie und soziale Einheit zu organisieren, bedürfe es verschiedenster symbolischer und ökonomischer Kompromisse innerhalb des Blocks an der Macht und zwischen diesem und den subalternen Klassen (vgl. Poulantzas 1974, 139ff., 194-198). Politische Herrschaft mittels Hegemonie stelle damit ein instabiles Kompromissgleichgewicht mit Dominante (196f.) dar, innerhalb dessen sich die dominierenden Interessen symbolisch als Interessen des gesamten Machtblocks *und* als Verkörperung der ‚Volksinteressen‘ präsentierten (228, 316).<sup>13</sup> Weder bestünden also *vorpolitische* Klassensubjekte bzw. eine effektive, aktionsfähige Realität langfristiger gesamt-kapitalistischer (oder -proletarischer) Interessen, die dann nur noch nachträglich sich des Staates in ihrem Sinne bedienen, noch könne eines der politisch artikulierten Klasseninteressen *unmittelbar* auf die staatliche Politik durchgreifen, ohne die Hegemonie im Kompromissgleichgewicht zu gefährden.

---

<sup>10</sup> Das wird in der *Staatstheorie* allerdings durch die klarere Unterscheidung von Staatsapparat und Staatsmacht modifiziert. Poulantzas ist keineswegs der Ansicht, man könne durch bloße Eroberung der Staatsmacht eine Gesellschaftsformation radikal umgestalten (vgl. ansatzweise bereits in Poulantzas 1974, 117f.). Auch die relative Autonomie des Staates wird in der *Staatstheorie* präziser gefasst (vgl. bereits Poulantzas 1976b, 93-98). Staatliche Politik (Staatsmacht) etabliert sich als Resultante der in die materielle (=institutionelle) Struktur des Staates eingeschriebenen Kräfteverhältnisse, während die ‚Materialität‘ der Staatsapparate durch die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Klassenhandeln der Akteure determiniert wird.

<sup>11</sup> Fragwürdig ist Poulantzas‘ durchgängige Ansicht, die ‚realen‘ ökonomischen Verhältnisse bestünden in Klassenverhältnissen im unmittelbaren Produktionsprozess (in dem sich ökonomisch bestimmte Gruppen gegenüberstünden), während die Bestimmungen des Zirkulationsprozesses (freie und gleiche Privateigentümer, die Verträge schließen) bis hin zur Konkurrenz der Warenbesitzer als „schiere Ideologie“ (Poulantzas 1974, 133) bzw. *ideologisch-juridische* Effekte der ‚realen‘ Produktionsverhältnisse beschrieben werden, die lediglich die „Verschleierung der wahren Strukturen des Ökonomischen“ (220) betrieben (vgl. auch 130-134, 286). Tatsächlich sind aber diese Bestimmungen der Akteure als Zirkulationsagenten nicht minder ‚real‘ als ihre Position im unmittelbaren Produktionsprozess und gehören, wie Marx betont, konstitutiv zur spezifisch ökonomischen Form der Aneignung von Mehrarbeit im Kapitalismus (vgl. Marx 1988, 79). Kritisch dazu auch Elbe 2008.

<sup>12</sup> Poulantzas selbst führt die von Marx in Kapitel 8 des *Kapital* analysierte Sozialstaatskonstitution als Beispiel an, vgl. Poulantzas 1974, 295ff.

<sup>13</sup> Poulantzas spricht hier auch von einer doppelten Repräsentationsfunktion (vgl. Poulantzas 1974, 316) oder von den „zwei Prinzipien der Einheit des Staates“ (330).

Auch wenn Poulantzas – wie übrigens bereits Balibar in *Das Kapital lesen*<sup>14</sup> – sich mehrfach von einer abstrakten „Kombinatorik“ (24) distanziert, die Ökonomie, Politik und Ideologie als „im Vorhinein gegebene Wesenheiten“ verstehe, welche „erst dann, wenn sie schon bestehen, zueinander in rein äußerliche Beziehungen treten“ (15), so behauptet er doch 1968 noch, dass den genannten Instanzen „in anderen Produktionsweisen“ als der kapitalistischen ebenfalls eine „relative Autonomie“ (28) zukomme, allerdings „nicht dieselbe Autonomie“ wie im Kapitalismus (31Fn.). Bezüglich der Politikwissenschaft bestehe damit das „Problem, den spezifischen Charakter des politischen Teilbereichs je nach den jeweiligen Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen zu erfassen.“ (23) Poulantzas proklamiert also die Möglichkeit einer *allgemeinen Theorie des Politischen* (allgemein im Sinne der o.g. Definition von allgemeiner Geschichtstheorie) *als Teilbereichstheorie*. Dagegen wendet sich nun Ernesto Laclau.

Zunächst zur Kritik des Formalismus im Allgemeinen. Es ist hier nicht der Ort, die Verästelungen der sogenannten Poulantzas-Miliband-Debatte nachzuzeichnen, auf die Laclau detailliert eingeht. Es kann lediglich der zentrale methodische Einwand erwähnt werden, den Laclau beiden Theoretikern macht und der auch zu gegenseitigen Vorwürfen zwischen den beiden Kontrahenten führte. Poulantzas, so stellt Laclau fest, kritisiere am Ansatz des britischen Politologen zu Recht, dass dieser seine Kritik bürgerlicher Staatstheorien lediglich im Stile der empirischen Überprüfung ihrer theoretischen Bestimmungen präsentiere, ohne deren theoretische Problematik in Frage zu stellen. Miliband verbleibe damit auch im Feld des handlungstheoretischen Reduktionismus und einflussstheoretischer Politikanalyse (vgl. Poulantzas 1976a, 7; Laclau 1981a, 56). Ebenso liege aber auch Miliband richtig, der Poulantzas einen „*strukturalistische[n] Abstraktionismus*“<sup>15</sup> vorwirft. Denn Poulantzas, so Laclau, bemühe sich in *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen* weder um die empirische Überprüfung politologischer Theoreme noch um eine immanente Kritik ihrer theoretischen Konzepte, sondern präsentiere lediglich vermittlunglos einen alternativen Theorierahmen (vgl. Laclau 1981a, 57). Nun sind Laclaus Ausführungen zu Poulantzas‘ „Formalismus“ selbst alles andere als klar, deutlich wird aber, dass er Poulantzas‘ erstem Hauptwerk – und zwar völlig zu Recht – eine durchgängige „Vorherrschaft der Form über den Inhalt“ (63) der politikwissenschaftlichen Begriffe vorwirft, da Poulantzas sich nicht um eine Vermittlung des „hohen Abstraktionsniveau[s]“ seiner Kategorien mit empirischen Analysen bemühe, was bisweilen zum schlichten Bedeutungsverlust der Kategorien führe (63f.).

Nun aber zur konkreten „Auswirkung[.]“ (65) des Formalismus auf der Ebene gesellschaftstheoretischer Grundbegriffe: Laclau sieht richtig, dass Poulantzas‘ Konzeption dieser Grundbegriffe in *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen* noch vollständig auf der Linie von Etienne Balibars Beitrag in *Das Kapital lesen* liegt. Der zentrale Vorwurf gegen beide lautet denn auch, dass sie „keinen wirklich theoretischen“, sondern lediglich einen „deskriptiven und intuitiven“ (68) Begriff des Ökonomischen entwickeln. Dieser Begriff werde im Rahmen einer abstrakten Kombinatorik von Instanzen verwendet, die genau das praktiziere, was Balibar/Poulantzas leugnen: die Konstruktion der Spezifik einer Produktionsweise durch die nachträgliche Kombination vorab unterschiedener Instanzen. Die Aussagen, dass es die spezifische Kombination der Instanzen Politik/Ökonomie/Ideologie sei, die die Struktur einer Produktionsweise ausmache, dass diese Instanzen dabei stets als relativ autonom gelten und dass die Ökonomie in letzter Instanz determinierend sei, auch wenn die Politik die dominante Instanz darstelle, hält Laclau für Symptome einer theoretischen Anomalie. Zwar erahnten beide, dass die Konstruktion der Ebenen Politik/Ökonomie aus der kapitalistischen Produktionsweise heraus erfolge und ihre Projektion in vorkapitalistische Produktionsweisen einen Anachronismus darstelle (vgl. 70). So bemerke Balibar, dass gewaltvermittelte Aneignungen des Mehrprodukts im Feudalismus, „[k]eine direkten

---

<sup>14</sup> Vgl. Balibar 1972, 302.

<sup>15</sup> Miliband 1976b, 39.

ökonomischen Formen [darstellen], sondern in unlösbarer Verflechtung politische und ökonomische Formen zugleich“, es also Produktionsweisen gebe, die „keine [...] Unterscheidung einer ‚ökonomischen‘, ‚juristischen‘, ‚politischen‘ Ebene [...] zulassen“.<sup>16</sup> Zugleich werde aber mit Marx behauptet, im Feudalismus werde das Mehrprodukt „durch außerökonomischen Zwang abgepreßt“.<sup>17</sup> Laclau räumt nun mit den begrifflichen Unklarheiten des strukturalistischen Baukastens und seiner Bauklötze Politik/Ökonomie/Ideologie auf, indem er die Ambiguität des dabei verwendeten Begriffs des Ökonomischen auflöst. Es existieren demnach zwei grundverschiedene Begriffe von Ökonomie im Denken von Balibar/Poulantzas: Der erste Begriff sei auf der Ebene der allgemeinen Geschichtstheorie angesiedelt (68) und bezeichne die Produktionsverhältnisse im Sinne der zentralen Formen der Aneignung von Mehrarbeit („Ebene der Produktion“ (67)). Der zweite Begriff hingegen „bezieht sich nur auf warenproduzierende Gesellschaften“ (68), ist also auf der Ebene der Einzeltheorie einer ganz spezifischen Produktionsweise (des Kapitalismus) angesiedelt, die die Aneignung von Mehrprodukt marktvermittelt und nicht mehr direkt gewaltvermittelt organisiert. Nur hier sei eine relativ autonome Instanz ‚Ökonomie‘ existent. Wenn im Feudalismus daher unmittelbare Gewalt im Rahmen persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse zur Aneignung des Mehrprodukts verwendet werde, so sei das im Sinne des ersten Begriffs keineswegs ‚außerökonomischer‘ Zwang, sondern diese Form der Aneignung sei eben die Gestalt der Produktionsverhältnisse. Diese konstituieren im Feudalismus aber, wie Laclau feststellt, keine relativ autonomen Instanzen Politik/Ökonomie (70), d.h. in der zweiten Bedeutung existiert dort keine Ökonomie. Damit werde aber auch die Unterscheidung von Determinante und Dominante hinfällig, denn im Sinne der „Produktion der materiellen Existenz“ (Produktionsverhältnisse) sei die Ökonomie immer „nicht in letzter Instanz, sondern in erster Instanz“ determinierend *und* „dominierend, in welcher Produktionsweise auch immer“ (69). D.h. wenn ‚das Politische‘ (ich verwende hier die von Laclau zu Recht abgelehnte anachronistische Metaphorik) in Antike oder Feudalismus dominiere, sei es eben Moment der Produktionsverhältnisse.<sup>18</sup> Es ist also die spezifische Verbindung/Trennung von Produktionsmitteln, Arbeitskräften und Nichtproduzenten (die Produktionsverhältnisse), die die gesellschaftliche Struktur determiniert, die dann je nachdem relativ autonome Instanzen haben kann oder auch nicht (vgl. 69) und vor allem nicht bloß diese drei Instanzen haben muss, die Poulantzas annimmt (vgl. 66).

Welche Konsequenz hat diese immanente Kritik am strukturalen historischen Materialismus für Laclaus Politikbegriff? Er vertritt an dieser Stelle noch eine historisch klar konturierte „Spezifik des Politischen“ (46), die die nur im Kapitalismus existierende relativ autonome Instanz des staatlichen Gewaltmonopols bezeichnet, das einer marktvermittelten, strukturellen Zwängen folgenden ökonomischen Reproduktionsebene gegenübersteht. Es findet sich noch keine Spur seines späteren Konzepts von Politik als einer „Praxis des Erzeugens [...] sozialer Verhältnisse“ (Laclau/Mouffe 2000, 193) schlechthin.<sup>19</sup> Die historische Spezifizierung des Politikbegriffs erkennt auch Poulantzas in seiner *Antwort auf Miliband und Laclau* aus dem Jahr 1976 an. Hier spricht er vom „klassischen Irrtum [...] historischer Rückprojizierung“ (Poulantzas 1976b, 107), der ihm im Falle der Instanzentheorie unterlaufen sei, und deutet bereits seine in der *Staatstheorie* klarer ausformulierte Schlussfolgerung an, dass es keine

---

<sup>16</sup> Balibar 1972, 298f.

<sup>17</sup> Marx 1989, 799.

<sup>18</sup> Die Unterscheidung von funktionaler Ebene der materiellen Reproduktion (ökonomische Basis) und Ökonomie als relativ autonomer Teilstruktur findet sich detailliert ausgearbeitet im Werk des strukturalistisch inspirierten Anthropologen Maurice Godelier. Die Unterscheidung Basis-Überbau sei eine funktionale, keine institutionelle, vgl. Godelier 1990, 29f., 39. „Die gesellschaftlichen Verhältnisse spielen eine mehr oder weniger determinierende Rolle, je nach den Funktionen, die sie übernehmen, und die ‚in letzter Instanz bestimmenden‘ Verhältnisse wären diejenigen, die als Produktionsverhältnisse fungieren.“ (ebd., 153)

<sup>19</sup> Zumindest lässt Laclau offen, ob ein transhistorischer Politikbegriff sinnvoll ist. Für einen solchen vgl. Roth 2003, 42.

invariante politische Instanz gibt und es demnach auch „keine allgemeine Theorie des Staates geben kann, in der die allgemeinen Gesetze seiner Transformation in den verschiedenen Produktionsweisen fixiert sind“ (Poulantzas 1978, 20, vgl. Poulantzas 1976b, 104). Es sei „gerade eines der Verdienste des Marxismus, hier [...] die metaphysischen Höhenflüge der politischen Philosophie vermieden zu haben, die vagen und nebelhaften allgemeinen, abstrakten Theoretisierungen, mit denen die großen Geheimnisse der Geschichte, des Politischen, des Staates und der Macht aufgedeckt werden sollten.“ (Poulantzas 1978, 18). Hier wendet sich Poulantzas bereits gegen die poststrukturalistische Tendenz<sup>20</sup> zu „großen und mystifizierenden Ausdrücken“, „simpelsten und bombastischen Verallgemeinerungen“, mit denen die realen Probleme der politischen Wissenschaft in eine diffuse Philosophie des Politischen aufgelöst würden (19, vgl. auch 33-38). Man benötigt nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie Poulantzas Laclaus postmarxistischen Ansatz beurteilt hätte, der sich ebenfalls weg von der politischen Theorie hin zur politischen Ontologie bewegt hat.

## 1.2. Die ideologischen „Staats“apparate

Im Anschluss an Ralph Milibands Kritik an Poulantzas stellt Laclau auch das Konzept der ideologischen Staatsapparate von Althusser/Poulantzas in Frage, allerdings ohne deren Ideologiebegriff selbst zu kritisieren: Althusser bestimmt Ideologie als ‚Repräsentation‘ des „imaginäre[n] Verhältnis[ses] der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen“<sup>21</sup>, wobei er es weitgehend unterlässt, die Ursache der imaginären – und das heißt bei ihm: mythischen, illusionären und verzerrten – Wahrnehmung der Realität in *historisch-spezifischen* Ideologien zu erläutern.<sup>22</sup> Er stellt lediglich fest, dass sie in sozialen Praktiken situiert seien, deren institutionelle Seite er ‚ideologische Staatsapparate‘ (ISA) nennt. Althusser versucht im Anschluss an Antonio Gramscis Hegemonietheorie die Institutionen und Praktiken der Ideologieproduktion als zentrale Orte der Herstellung von Zustimmung zu Herrschaft und der Reproduktion der Produktionsbedingungen durch Identitätsbildung, die er „subjektivierende[.] Unterwerfung“<sup>23</sup> nennt, in den Blick zu nehmen. „Anrufung“<sup>24</sup> ist Althusser zufolge der Mechanismus der Subjektkonstitution, der institutionalisierten Hervorbringung und Verinnerlichung von Verhaltenserwartungen, die Individuen zu Rollenträgern werden lassen, die mit relativer personaler Kohärenz (Identität) und Handlungsfähigkeit ausgestattet sind.<sup>25</sup> Die allgemeinen Strukturen des ideologischen Effekts sind *die Identitätsillusion* (die real fragmentierte Individualität wird imaginär als homogene, einheitliche Identität erlebt); *der Anthropomorphismus* (die Welt wird als teleologisch zentriert auf das einheitliche Subjekt hin erlebt) und *die individualistische Autonomieillusion*: „[A]ufgrund der Anrufung“, so Laclau zustimmend, leben „Individuen ihre Lebensbedingungen [...], als wären sie selbst deren autonomes Prinzip – als wenn sie, die Determinierten, das Determinierende wären“. (Laclau 1981b, 89) Die Frage, warum sich die Individuen die Verhaltenserwartungen der ISA zu eigen

---

<sup>20</sup> Poulantzas wendet sich explizit gegen so unterschiedliche Autoren wie Deleuze, Foucault, Lefort, Castoriadis, Levy und Glucksmann. Zu seiner Foucault-Rezeption vgl. Lindner 2006.

<sup>21</sup> Althusser 2012, 256.

<sup>22</sup> Die „*omnihistorische*[.]“ (Althusser 2012, 248) Ursache der Ideologie, die aber keinen einzigen historisch spezifischen ideologischen Gehalt erklären kann, ist, so Althusser im Anschluss an Lacan, die verkennende Anerkennung als Subjekt überhaupt, d.h. die von Lacan als Entfremdung gedeutete Identitätsbildung der Individuen schlechthin. Zu Spinoza und Lacan als Quellen der Althusserischen Ideologietheorie vgl. die klare Darstellung bei Rehmann 2008, 109ff. Althusser lehnt jede Ideologiekritik im Anschluss an Feuerbach und Marx‘ Fetischkonzept mit Hilfe strukturmarxistischer Platitüden ab (vgl. Althusser 2012, 256ff.) und erklärt nonchalant, die „Frage nach der ‚Ursache‘ für die imaginäre Verzerrung der realen Verhältnisse in der Ideologie“ sei „hinfällig“ (258).

<sup>23</sup> Althusser 2012, 252.

<sup>24</sup> Althusser 2012, 268.

<sup>25</sup> Vgl. Althusser 2012, 271ff.

machen, warum sie sich darin *wiedererkennen*,<sup>26</sup> wird im Rahmen des funktionalistischen Ansatzes von Althusser, dem Laclau hier noch folgt, nicht beantwortet. Es bleibt für ihn, wie er selbst zugibt, „ein befremdliches Phänomen“.<sup>27</sup>

Miliband stellt nun die Frage, warum z.B. Familien, Schulen, Vereine, Gewerkschaften, Kirchen und Unternehmerverbände, die von Althusser (und im Anschluss an ihn auch von Poulantzas 1976a, 19ff.) als solche Staatsapparate identifiziert werden, *prinzipiell* ideologische *Staatsapparate* sein sollen. Hier, so Miliband, werde eine fatale Konfundierung nichttotalitärer und totalitärer Regime vollzogen, die diese häufig *privaten und damit nichtstaatlichen* Institutionen in der Tat unter staatliche Kontrolle stellen.<sup>28</sup> Wie begründet Poulantzas aber die Staatlichkeit der Apparate, deren Funktion er in der „ideologischen Indoktrinierung“ (Poulantzas 1973, 323) sieht<sup>29</sup>? 1) *Alles, was politische Herrschaft* (bei Poulantzas gleichbedeutend mit staatsbezogener Herrschaft) *reproduziere, sei staatlich*. Weil politische Herrschaft nicht allein über das „Mittel der organisierten physischen Repression“ funktionieren könne, sondern die „Mitwirkung der Ideologie“ erfordere, seien deren Apparate „direkt in das staatliche System eingegliedert“ (323) Oder kurz gesagt: Weil politische Herrschaft, die staatlich organisiert ist, der Ideologie bedarf, ist die Ideologie staatlich. 2) *Alles, was gesellschaftliche Kohäsion stifte und die Produktionsbedingungen reproduziere, sei staatlich*. Der Staat dürfe nicht allein als *Instanz* begriffen werden, die die „Machtmittel zur physischen Repression“ beinhalte, sondern müsse über seine *Funktion* zur gesellschaftlichen Kohäsion und Reproduktion begriffen werden, über seine „Rolle in der Aufrechterhaltung der Einheit und des Zusammenhangs einer gesellschaftlichen Formation, in der Aufrechterhaltung [...] und damit der Reproduktion der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen“ (324). 3) *Alles, was von organisierter Zwangsgewalt geschützt werde, sei staatlich*. Der repressive Staatsapparat (RSA) garantiere die Funktion der ISA, was so viel heißen könnte wie: er bietet Rechtsgarantien für Verbände, Schulen, Kirchen usw. Dann müssten, so lässt sich folgern, aber auch Arbeitsverträge, weil staatlich über das Recht garantiert, *Staatsapparate* sein. 4) *Der „Staat selbst“ treffe die Unterscheidung privat/öffentlich* – und zwar mittels des Rechts. Da diese Unterscheidung also lediglich „eine rein formaljuristische“ Unterscheidung des Staates sei, könne sie nicht dazu verwendet werden, den Staat im Unterschied zur Ökonomie zu bestimmen (327).

Mit der Behauptung, es sei für die Frage des Charakters einer Institution als ISA irrelevant, ob diese privat oder öffentlich ist, werde, so lautet Laclaus Kritik, der Staatsbegriff von einem Begriff für eine relativ autonome *Instanz* zu einem reinen *Funktionsbegriff* verschoben (vgl. Laclau 1981a, 62). Der Begriff des Staates umfasse nun alles, was die Funktion der „Kohäsion“ einer widersprüchlichen Gesellschaft ausfüllt. Damit wäre, um Laclaus Überlegung zu ergänzen, auch der Markt staatlich, weil er eine, wenn auch antagonistische, Form der *Konstitution von gesellschaftlichem Zusammenhang* ist. Und auch der Staat wäre zum Teil ‚nicht-staatlich‘, weil er als Rechtssystem die Form des Privateigentums und damit der Konkurrenz und Dissoziation der sozialen Einheit mitkonstituiert,<sup>30</sup> wie Poulantzas im Kontext seiner These vom rechtlich vermittelten Vereinzelungseffekt ja selbst proklamiert (vgl. Poulantzas 1974, 132f., 220). Es handle sich, so Laclau, dabei um den Fehlschluss von der These, der Staat sei eine „*Instanz*, die den Zusammenhalt zwischen den Ebenen einer Gesellschaftsformation herstellt, zur Behauptung, *alles*, was zum Zusammenhalt einer Gesellschaftsformation beiträgt, gehöre per definitionem zum Staat.“ (Laclau 1981a, 61) Damit werde die Staat/Gesellschaft-Differenz aufgelöst in die Differenz von

---

<sup>26</sup> Vgl. Althusser 2012, 266ff.

<sup>27</sup> Althusser 2012, 269.

<sup>28</sup> Vgl. Miliband 1976a, 33.

<sup>29</sup> Allerdings schaffen Poulantzas zufolge die ISA die Ideologien nicht, sondern arbeiten die auch ohne sie bestehenden Klassenideologien aus und systematisieren sie (vgl. Poulantzas 1973, 328).

<sup>30</sup> Von anderen Dissoziationseffekten des Staates wie Bürgerkriegen, politischen Krisen usw. ganz abgesehen.



integrativen/desintegrativen Praktiken. Insbesondere werde der spezifische Charakter des bürgerlichen Staates als relativ autonomer Sphäre und öffentlicher Zwangsgewalt damit eskamotiert.

Allerdings will Poulantzas den „ökonomische[n] Apparat, der [...] aus ‚Produktionseinheiten‘ besteht“ (Poulantzas 1973, 326), nicht zum Staat zählen. Seine Begründungen bleiben – ausgehend von seinen oben dargestellten Argumenten – aber opak: 1) Ökonomische Apparate seien keine ökonomischen *Staatsapparate* (ÖSA), weil die Kohäsionsfunktion, die den Staat definiere, darin bestehe, die „Einheit einer in verschiedene gesellschaftliche Klassen gespaltenen [...] Formation“ und die „politische[...] Klassenherrschaft“ zu garantieren (325). Wenn sich das nun auf die gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit staatlicher Entscheidungen bezieht, so landet man wieder bei der Unterscheidung öffentlich/privat, die Poulantzas oben ja explizit unterlaufen wollte. Wenn es sich auf die bloße faktische Reproduktion bestimmter Formen gesellschaftlicher Einheit bezieht, so sind der kapitalistische Betrieb und Markt zumindest *auch* reproduktiv, weil sie die Einheit der Formation ebenso wie ihre Gegensätze reproduzieren. Damit wären sie – der unplausiblen Argumentation Poulantzas‘ zufolge – doch staatlich. 2) Zudem, so Poulantzas, seien sie keine ‚ÖSA‘, weil der ökonomische Apparat die „Rolle der *Ausbeutung* zu erfüllen hat“, „während die Staatsapparate [...] nicht ausbeuten“ (326). Das ist aber eine willkürliche Zusatzbestimmung, die völlig offen lässt, wie es mit verstaatlichten Betrieben aussieht, die innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz stehen. Schließlich müsste auch dann wieder die Zirkulationssphäre zum Staat gehören, weil dort auch nicht ausgebeutet und *auch* sozialer Zusammenhang gestiftet wird.<sup>31</sup>

Eine weitere Kritik Laclaus an der ISA-Theorie lautet, dass Ideologie hier nur als Unterwerfung in Form der Selbsttätigkeit begriffen werden könne, die zur Reproduktion des „bestehenden Herrschaftssystem[s]“ (Laclau 1981b, 191) beiträgt, denn „subjektivierende Unterwerfung“<sup>32</sup> im Rahmen ideologischer Anrufung bedeutet Althusser zufolge, dass diejenigen, die die großen SUBJEKTE Staat, Gott usw. anerkennen, sich darin als kleine Subjekte wiedererkennen und so „*die Reproduktion der Produktionsverhältnisse gewährleist[en]*“, indem sie als Subjekte „ganz von selber [...] funktionieren“.<sup>33</sup> Laclau betont dagegen, es gebe auch „Ideologien der beherrschten Klassen“, in denen der „Mechanismus der Selbst-Unterwerfung des Individuums“, der „ethische Zwang“ durch Anrufung als Subjekt, revolutionären Interessen dienen könne. Anrufung könne „verschiedensten objektiven Interessen dienen“ (191). Die Anrufung „‘Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!’“ z.B. bedeute die „Schaffung von Bedingungen für die Befreiung der Ausgebeuteten“ (191). Auch hier würden Individuen als Subjekte angerufen, was gemäß den von Laclau ja ausdrücklich geteilten Althusserischen Prämissen bedeuten würde, dass hier eine Identifizierung als *Verkennung* sowie eine *Unterwerfung* praktiziert würden. Es stellt sich

---

<sup>31</sup> Das ist sogar letztlich Poulantzas‘ These, denn er behauptet, der „Vereinzelungseffekt“ des Marktes sei eine Überbaufunktion (vgl. Poulantzas 1974, 132). Es bleibt dort unklar, wie die Produktionsverhältnisse als Zuordnung von unmittelbaren Produzenten, Nichtproduzenten und Produktionsmitteln überhaupt funktionieren, weil Poulantzas den Funktionszusammenhang der kapitalistischen Ökonomie künstlich mittels der Schubladen Basis/Überbau auftrennt und zudem die ökonomische Dimension auf die ‚reine‘, produktionszentriert verstandene Ausbeutung reduziert, ohne Marktprozesse zu berücksichtigen. Nur so kommt auch die absurde These zustande, die Konkurrenz privat-isolierter Produzenten sei ein *ideologischer* Effekt, hinter dem die *realen*, durch die Ausbeutung bestimmten Klassenverhältnisse verborgen lägen. Poulantzas reduziert die Zirkulationsbestimmungen, die in der Tat – projiziert auf den kapitalistischen Gesamtproduktionsprozess – ideologische Effekte zeitigen (Reich der Freiheit, Gleichheit und des Eigentums durch eigene Arbeit), wegen dieser Effekte selbst auf einen ideologischen Effekt. Die Zirkulationsbestimmungen sind aber *reale* ökonomische und rechtliche Bestimmungen. Im Grunde existiert wertvermittelter Austausch, der ja gerade die relative Autonomie der Ökonomie im Kapitalismus ausmacht, im Denken von Poulantzas nicht. Dies wird auch in der *Staatstheorie* nicht korrigiert, vgl. Fußnote 11.

<sup>32</sup> Althusser 2012, 278.

<sup>33</sup> Althusser 2012, 279, 278.

dabei *erstens* die Frage, in welchem Sinne hier von einer Unterwerfung der Individuen gesprochen werden kann. a) Wenn man den Lacanschen Entfremdungsfatalismus hinzuzieht, ist das banal, weil jede Identität (und damit jede Form von Handlungsfähigkeit) als ‚Unterwerfung‘ des Mannigfaltigen unter die imaginäre Subjekteinheit begriffen wird – im Grunde die französische Ausgabe der urdeutschen Zivilisationskritik der *Dialektik der Aufklärung*. Damit entfällt aber auch jeder spezifische politische Informationsgehalt dieses Unterwerfungsbegriffs: Wenn ich als männlicher Jugendlicher, Arbeiter, sprachbegabtes Subjekt, frei assoziierter Produzent und KZ-Insasse gleichermaßen ‚unterworfen‘ bin, dann verfehlt dieser Begriff ganz einfach entscheidende sachliche Differenzen. b) Soll es vielleicht eine Art oppositionellen Kollektivismus meinen, in dem das Individuum sich bedingungslos der Partei oder Bewegung unterwirft? Das würde zumindest dem von Laclau beiläufig verwendeten Begriff des „ethischen Zwangs“ einen Sinn geben und zu der besinnungslosen Begeisterung vieler Vertreter (nicht nur) der Althusser-Schule für den totalitären Maoismus in den 60er/70er Jahren passen. Hier wäre die Frage, was daran noch emanzipatorisch sein könnte, wobei aber ganz grundlegend gefragt werden muss, in welchen Kategorien der (post-)strukturalistische Ansatz es erlaubt, Emanzipation zu denken. c) Soll es kollektive Handlungsfähigkeit meinen? Dann wäre aber der Begriff der Unterwerfung wieder fragwürdig und es müssten freiwillige, die eigenen Interessen realisierende und Handlungsfähigkeiten erweiternde Praxisformen trennscharf von herrschaftlichen (=Unterwerfung) geschieden werden. *Zweitens* stellt sich die Frage, in welchem Sinne dieses revolutionäre Individuum-als-Subjekt eine Verkennung beinhalten soll? Warum wäre bei einem Beitrag zu einer kollektiven, fundamental gesellschaftsverändernden Praxis die kohärente Handlungsfähigkeit imaginär (und warum ist sie überhaupt imaginär, denn nur *wirkliche*, wenn auch relative, Kohärenz kann *wirkliche* Erkenntnisse und Handlungen bewirken)? Die spätere Entwicklung Laclaus scheint auf eine Sorelsche/Mussolinische Position einzuschwenken: Wichtig sind handlungsmotivierende Mythen (was hier ein imaginäres Verhältnis zu realen Existenzbedingungen meint), nicht die theoretische Wahrheit/Falschheit von Denkinhalten.<sup>34</sup> Für eine faschistische Bewegung mag das gut funktionieren, aber für eine sozialistische, die ja den Gedanken kollektiv-rationaler Gestaltung der materiellen Reproduktion<sup>35</sup> und wirklicher Aufhebung bestimmter Herrschaftsverhältnisse notwendig beinhaltet und damit auch wahre Aussagen über die zu verändernde Gesellschaft treffen muss, bleibt solch ein Ansatz in höchstem Maße fragwürdig. Hier aber bleiben diese Fragen offen und zeigen letztlich eine theoretische Anomalie an, die die Verwendung strukturalistischer Kategorien in einem kommunistischen Kontext bewirkt.

## 2. Faschismus, Populismus, Ideologie

Laclaus Kritik an Nicos Poulantzas‘ Buch *Faschismus und Diktatur* (1970) geht weit über die konkrete Frage der Faschismusanalyse hinaus und beinhaltet eine Theorie des ideologischen Kampfes und der diskursiven Verknüpfung von Elementen, die spätestens gegen Ende der 1970er Jahre einen radikalen Paradigmenwechsel Laclaus hin zum ‚Postmarxismus‘ einleitet.

### 2.1. Poulantzas über den Klassencharakter des Faschismus

Poulantzas begreift den Faschismus als spezifische Herrschaftsform einer Ausnahmegestalt des ‚interventionistischen‘ kapitalistischen Staatstyps (vgl. Poulantzas 1973, 332-336). Diese komplexe Bestimmung impliziert, dass Poulantzas den Faschismus weder aus dem Kapitalismus im allgemeinen (Ebene der Produktionsweise) noch aus einem bestimmten ‚Stadium‘ der Entwicklung des Kapitalismus (‚Monopolkapitalismus‘ bzw.

---

<sup>34</sup> Vgl. Opratko 2012, 148.

<sup>35</sup> Auch von diesem Gedanken wird sich Laclau allerdings verabschieden, vgl. kritisch dazu Hirsch 2009.

„Staatsinterventionismus“<sup>36</sup>) ableitet, sondern ihn innerhalb dieser Strukturen aus einer konkreten historischen Klassenkampfkonstellation hervorgehen sieht. Er grenzt sich damit deutlich von den deterministischen Stadientheorien des Faschismus ab, die in der Kommunistischen Internationale (KI) vertreten wurden. Diese betrachteten den Faschismus als unvermeidliche, letzte und die revolutionären Energien der Arbeiterklasse unabsichtlich befördernde Form der ‚Diktatur des Großkapitals‘, als bloßes Werkzeug dieses Großkapitals, als „offene, terroristische Diktatur“ letztlich nur der „reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“,<sup>37</sup> ohne die Massenbasis und ideologische Integrationsfähigkeit faschistischer Bewegungen zu begreifen (vgl. Poulantzas 1973, 86, 157). Der Ökonomismus, so Poulantzas, sei das zentrale Kennzeichen aller Faschismusanalysen der KI. Er beinhalte, den Faschismus in durchaus unterschiedlicher und widersprüchlicher Weise direkt aus ökonomischen Krisenphänomenen abzuleiten, sei es die Weltwirtschaftskrise, sei es die sog. ‚allgemeine Krise‘ des ‚Monopolkapitalismus‘ (vgl. 52-55).

Poulantzas zufolge reagiert der Faschismus in spezifischer Weise auf eine Hegemoniekrise des Blocks an der Macht: Weder innerhalb des Bündnisses der herrschenden Klassen noch zwischen diesem und den beherrschten Klassen könne die stabile Führung einer Fraktion oder Klasse etabliert werden (vgl. 71f.). Dies bedeute im Falle Italiens und Deutschlands keineswegs, dass die Revolution vor der Tür gestanden habe und die Bourgeoisie aus Furcht vor der Arbeiterklasse nun zur faschistischen Krisenlösung greifen musste.<sup>38</sup> Vielmehr habe der Hegemonieunfähigkeit des Machtblocks eine in der Defensive befindliche, geschwächte Arbeiterbewegung gegenübergestanden (vgl. 50, 82f., 144ff.). Poulantzas betont neben der noch zu behandelnden ideologischen Krise besonders die Repräsentationskrise innerhalb des Machtblocks: Es komme zu einem „Bruch des Verhältnisses zwischen den herrschenden Klassen [...] und ihren politischen Parteien“ (73). Der Faschismus reorganisiere die Hegemonie unter der Führung des ‚Monopolkapitals‘<sup>39</sup>, indem er das Machtzentrum vom Parlament und den Parteien auf parastaatliche Organisationen (z.B. NS-Bewegung mit Kampfbünden sowie „ökonomisch-ständische[.] ‚pressure groups‘, die [...] unmittelbar auf die Exekutive einwirkten“ (106)) und eine verselbständigte Exekutive (politische Polizei, Verwaltung, Richterschaft, Armee) verlagere (vgl. 74, 106, 132). Im Gegensatz auch zu bonapartistischen Regimeformen zeichne sich der Faschismus dabei durch das „Vorhandensein einer Massenpartei“ mit starker außerparlamentarischer Orientierung und „durch eine permanente Mobilisierung der Volksmassen“ aus (355). Zudem stehe diese Bewegung, obwohl systematisch vom repressiven Staatsapparat der vorfaschistischen Phase unterstützt (359), im Gegensatz zum klassischen Bonapartismus, zunächst außerhalb des Staatsapparats, und forcieren, einmal an der Macht, eine antibürokratische Pluralisierung der Machtzentren (vgl. 353ff.). Der Faschismus sei keineswegs bloßes Werkzeug einer kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten, wie die offizielle KI-Linie behauptete, sondern weise eine

---

<sup>36</sup> Poulantzas‘ Begrifflichkeit weist starke Übereinstimmungen mit der ML-Ideologie auf, er verwendet die oft gleichlautenden Begriffe aber bisweilen differenzierter als im ML. So stellt er fest, dass der Staat des sog. Konkurrenzkapitalismus keineswegs *nicht* in die Ökonomie interveniert habe (vgl. Poulantzas 1974, 54f., 156). Allerdings bleiben Poulantzas‘ Kategorien ökonomietheoretisch vage. Was genau die Rede vom ‚Monopolkapitalismus‘ legitimieren soll, bleibt weitgehend im Dunkeln.

<sup>37</sup> Dimitroff 1976, 97.

<sup>38</sup> Die Furcht vor der Arbeiterklasse, das muss Poulantzas aber zugestehen, war nach der Revolution von 1918 in Deutschland ständiger Begleiter des bourgeoisen Denkens (vgl. Poulantzas 1973, 148).

<sup>39</sup> Poulantzas‘ Begrifflichkeit ist hier undifferenziert. Die von ihm verwendete Unterscheidung von Großkapital und mittlerem Kapital (vgl. Poulantzas 1973, 95) trifft die inneren Spannungen der kapitalistischen Klassenfraktionen am Vorabend des Dritten Reichs nicht wirklich (vgl. Sablowski 2006, 270f.). Zwar entgehen ihm nicht ganz die erheblichen Interessengegensätze zwischen exportorientiertem Kapital einerseits, Schwerindustrie und Großagrariern, die nach der Weltmarktkrise die Oberhand gewinnen, andererseits (vgl. Poulantzas 1973, 96, vgl. ausführlich dazu Hoffmann 1996, 376-381), er hält dies aber gegenüber dem oben erwähnten Widerspruch innerhalb des Machtblocks für ein untergeordnetes Moment.

spezifische „relative Autonomie sowohl gegenüber dem Block an der Macht als auch gegenüber der Fraktion des monopolistischen Großkapitals“ auf (87), einmal, weil er, wie jede Form kapitalistischer Herrschaft, eine spezifische doppelte Kompromiss- und Repräsentationsstruktur zwischen dominanter Klassenfraktion und mitherrschenden Klassen im Machtblock sowie zwischen diesem und den beherrschten Klassen etablieren müsse (vgl. 87f. sowie Poulantzas 1974, 139f., 194f., 316). Darüber hinaus, weil er sich auf eine bestimmte soziale Bewegung stützen könne – seine vor allem kleinbürgerliche Massenbasis und ihre faschistische Ideologie.

Poulantzas zufolge kann der Faschismus ohne eine Analyse von Ideologien und ideologischen Staatsapparaten denn auch nicht begriffen werden. Er spricht von der „entscheidenden Rolle, die in solchen historisch bestimmten Umständen der Ideologie zukommt“ (Poulantzas 1973, 76). Der „Ideologie der herrschenden Klasse“ (76) gelinge es, die in einer Gesellschaftsformation vorhandenen „*ideologische[n] Subsysteme*“, also hier die Ideologien der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, „zu durchtränken“. (77) Eine *allgemeine* ideologische Krise sei am Vorabend der Machtübernahme des Faschismus zu konstatieren, weil sowohl die Klassen des Machtblocks als auch die Arbeiterklasse in einer ideologischen Krise steckten. Der Begriff der Krise bleibt hier vage. Im Anschluss an Althussers Ideologiekonzeption bestimmt Poulantzas sie lediglich als den Sachverhalt, dass die jeweiligen Klassen „ihr Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen auf die gleiche Art und Weise nicht mehr ‚leben‘ können“ (78). Die ideologische Krise des *Machtblocks* zeige sich daran, dass dessen „Ideologiefunktionäre“ sich von den bisherigen Formen der Parteienvertretung und den etablierten Herrschaftsformen der Bourgeoisie lossagen (Kritik des Parteienstaats und des Parlamentarismus als solchen, Kritik der ‚Bürgerlichkeit‘ bis hin zu pseudoantikapitalistischen Phrasen, Kritik aber auch des bürokratischen Dienst-nach-Vorschrift-Typs, des bloß autoritären Staats usw., vgl. 78, 110, 137).<sup>40</sup> Die ideologische Krise der *Arbeiterklasse* werde organisatorisch am Bruch zwischen KP und Arbeitermassen erkennbar und bedeute den Rückzug „der marxistisch-leninistischen Ideologie“ aus dem Proletariat und der Partei gleichermaßen sowie das Eindringen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie in den „leer gebliebenen Raum“ (150). Welche Effekte dieses Eindringen hat, soll über den Umweg der Bestimmung der kleinbürgerlichen Ideologie gezeigt werden, der Poulantzas wesentlich größere Aufmerksamkeit widmet als der lediglich vagen Konturierung der bürgerlichen und proletarischen Ideologie.

Poulantzas identifiziert zwei Fraktionen des Kleinbürgertums, die ökonomisch unterschiedliche Positionen einnehmen, deren politisch-ideologische „Auswirkungen“ aber identisch seien (253): Das alte Kleinbürgertum bestehe aus Kleinproduzenten und Händlern, die Eigentümer ihrer Produktionsmittel seien, aber „selbst nicht unmittelbar Lohnarbeit ausbeuten“ und nicht der kapitalistischen Produktionsweise angehören (253). Das neue Kleinbürgertum hingegen bestehe aus „unproduktive[n] kleinen Gehaltsempfänger[n]“ (254), die im Staatsdienst oder in Zirkulationsfunktionen beschäftigt sind. Beiden Gruppen sei ökonomisch lediglich gemeinsam, dass sie „weder der Bourgeoisie noch dem Proletariat angehören.“ (255)<sup>41</sup> Da die unterschiedlichen ökonomischen Positionen und Erfahrungen der beiden Gruppen (Kleineigentum auf der einen, „Erlebnis der Ausbeutung in der ‚juridischen‘ Form des ‚Gehalts‘“ jenseits des Produktionsprozesses auf der anderen Seite) aber „auf der politischen und ideologischen Ebene im allgemeinen die gleichen Auswirkungen“ hätten, könnten sie als „Teile *ein und derselben Klasse*“ bestimmt werden (255): „*Das Kleinbürgertum nährt sich buchstäblich selbst von der Ideologie, die es zusammenkittet.*“ (262) Daher fungiere es im Faschismus auch wesentlich als staatsunterstützende Klasse (zum

---

<sup>40</sup> Als typische Beispiele für solche Intellektuellen können im vorkapitalistischen Deutschland z.B. Karl Jaspers oder Carl Schmitt gelten.

<sup>41</sup> Zur Kritik an Poulantzas' Klassenanalyse, insbesondere seiner Bestimmung des Kleinbürgertums, vgl. Koch 2006, 131ff. sowie Laclau 1981b, 97ff.

Begriff vgl. Poulantzas 1974, 252ff.) und halte ihm „aus ideologischen Gründen massiv und bis zum Letzten“ die Treue. (Poulantzas 1973, 262) Der Faschismus repräsentiere nicht das Kleinbürgertum im Sinne einer Vertretung seiner ökonomischen Interessen, sondern lediglich im Sinne faktischer organisatorischer und ideologischer Verbindungslinien (265f.). Damit etabliere er zugleich ein indirektes Bündnis zwischen ‚Monopolkapital‘ und Kleinbürgertum (267).

Die kleinbürgerliche Ideologie ist Poulantzas zufolge nun ein spezielles Phänomen, da es im Kapitalismus eigentlich „nur die Ideologien der beiden Hauptklassen, Bourgeoisie und Proletariat“ gebe, „die politisch absolut gegensätzlich sind“ (256). Bereits hier schließt er ökonomische Klassenlage und bestimmte Formen des politischen Bewusstseins kurz, ohne diesen Schritt inhaltlich zu rechtfertigen oder die Transformation von gegensätzlichen *ökonomischen* Interessen auf der Grundlage des Verhältnisses Lohnarbeit-Kapital in „unversöhnlich[e]“ (259) „politische[.] Klassenstandpunkt[e]“ (255) anzugeben. Die Diagnose eines charakteristischen traditionsmarxistischen Kurzschlusses von positionellen und ethischen Interessen ist hier naheliegend.<sup>42</sup> Das kleinbürgerliche ideologische „Subsystem“ entstehe durch die „Vermischung“ der proletarischen und „bürgerlichen Ideologie mit den spezifischen kleinbürgerlichen Wunschvorstellungen“ (256). Furcht vor der Proletarisierung und Festhalten am kleinen Eigentum einerseits, Furcht vor der Konkurrenz durch das Großbürgertum und Existenz als unmittelbar Arbeitende andererseits sollen beim alten Kleinbürgertum folgende ideologische Auswirkungen zeitigen: privateigentumszentrierter, am status quo festhaltender Pseudoantikapitalismus (Opposition gegen „Plutokratie“ und Monopole); Elitedenken und Mythos des leistungsbasierten individuellen Aufstiegs; „Fetischismus der Macht“ als Glaube an den klassenneutralen, starken Staat und ‚Mittelstandsideologie‘ (257). Die staatsnahe und über das Bildungssystem vermittelte Position des neuen Kleinbürgertums habe ähnliche Auswirkungen. Bei ihm stehen

---

<sup>42</sup> Ich folge in deren Bestimmung Schuck 2014. Dieser unterscheidet *subjektive* Interessen von *positionellen* Interessen und diese wiederum von *ethischen* Interessen. Während *subjektive* Interessen individuelle Präferenzen sind, die in der Psyche von Akteuren lokalisiert sind, sind *positionelle* Interessen insofern objektiv, als sie institutionalisierte Verhaltenserwartungen oder strukturelle Zwänge bezeichnen (Schuck 2014, 308), die sich relativ unabhängig von den Deutungsleistungen der Akteure konstituieren und die sich Akteure bei der Verfolgung subjektiver Interessen zu eigen machen müssen, ohne dass sie diese (die positionellen Interessen) bejahen müssen. „Positionelle Interessen“, so Schuck, „unterwerfen die Möglichkeit eines guten Lebens – und nicht selten auch die des nackten *Überlebens* – sozio-strukturell bedingten Zwecken.“ (317) Sie bezeugen die „Existenz eines kausalen Einflusses materieller Verhältnisse auf die Bestrebungen und Handlungspräferenzen“ von Akteuren (300) und zeigen, dass Interessen nicht „voraussetzungslos produziert [werden] – als gäbe es keine sozialen Bedingungen, sondern nur ‚pure‘ soziale Praxis, die jederzeit ihre eigenen Motive gleich mitliefert.“ (314) Es ist also etwa unter kapitalistischen Vergesellschaftungsbedingungen das objektive Interesse eines produktionsmittellosen Menschen, seine Arbeitskraft erfolgreich zu verkaufen, wenn er das Ziel des Überlebens hat. Es ist aber im Vergleich dazu subjektiv, ob er seinen Lohn für Laclau-Bücher oder für Bier ausgibt (auch wenn diese Präferenzen selbstredend nicht unabhängig von gesellschaftlichen Faktoren gebildet werden). *Ethische* Interessen hingegen bezeichnen Motive eines guten Lebens, die auch im Falle eines sozialistischen ethischen Interesses lediglich kontingent mit dem positionellen Interesse als Lohnarbeiter verknüpft sind. Man kann zwar behaupten, die Arbeiterklasse als ganze könne sich nur von Ausbeutung emanzipieren, wenn sie den Sozialismus realisiert. Aber dass der einzelne Lohnarbeiter durch seine positionellen Interessen gezwungen wäre, diesen Standpunkt der Arbeiterklasse als ganzer einzunehmen, ist nicht plausibel. Poulantzas‘ Bestimmung objektiver Interessen bleibt dagegen kryptisch: Er betrachtet die Macht einer Klasse als die „Fähigkeit [...] ihre objektiven Interessen durchzusetzen“ (Poulantzas 1974, 114). Diese „objektiven Interessen“ wiederum begreift er als „Grenzen des Umfangs einer spezifischen Klassenpraxis“ (114). Es ist zu vermuten, dass hiermit die strukturelle Begrenzung von Handlungs- und Interpretationsspielräumen durch die ökonomische Position gemeint ist. Die objektiven Interessen können sich aber, so Poulantzas weiter, „infolge der Einwirkung der Ideologie“ durchaus „unterscheiden [...] von der *Vorstellung*, die sich die Agenten oder sogar die Klassen von diesen Interessen machen.“ (115) Dies bedeute aber keineswegs, dass die ideologischen Interessen bloß subjektiv seien (vgl. 115). Was allerdings ‚objektive ideologische Interessen‘ ausmachen soll, bleibt ungeklärt. Auch hier ist nur zu mutmaßen, dass der ideologische Effekt nicht auf einer individuellen, zufälligen Verkennung gründen soll, sondern in ideologischen Apparaten systematisch erzeugt wird.

die Bildungsreligion, die starke Identifizierung mit den Spitzen des Staates und die Idee der neutralen, allein Sachzwängen folgenden Bürokratie im Vordergrund (258). Nun soll auch noch die Ideologie des *Kleinbürgertums* in eine Krise geraten, was dazu führe, dass die spezifisch kleinbürgerlichen Elemente dieser Ideologie deutlicher getrennt von ihren bürgerlichen ‚Verwässerungen‘ (268) auftreten sollen und insbesondere der „systemimmanente[.]“ Pseudoantikapitalismus vorherrschend werde (268). Die zur Ideologie des „*rebellierenden Kleinbürgertums*“<sup>43</sup> (269) modifizierte Ideologie sei im Faschismus damit prima facie zur herrschenden Ideologie geworden (268). Diese modifizierte kleinbürgerliche Ideologie weise nun wiederum starke Übereinstimmungen mit der „imperialistischen Ideologie“ auf, die damit „in mittelbarer und verschleierter Form“ im Faschismus die herrschende Ideologie stelle (269): „Von der Fetischisierung der Macht der [sic!] ‚starken Staats‘ und von aggressivem und zum Selbstzweck gewordenen Nationalismus bis hin zur mythischen Überhöhung des Staatsgedankens und zum Führerkult, von Antiparlamentarismus bis hin zum Korporativismus und Autoritarismus erstreckt sich der Bogen der gemeinsamen Züge“ von imperialistischer und rebellisch-kleinbürgerlicher Ideologie (269).<sup>44</sup>

Folgen des Eindringens der *bürgerlichen* Ideologie in die Arbeiterklasse seien „Trade-Unionismus und [...] Reformismus“ (151), Folgen des Eindringens der *kleinbürgerlichen* Ideologie in das Proletariat<sup>45</sup> hingegen 1) der Anarchismus in seiner arbeiterspezifischen Form als Anarcho-Syndikalismus mit der Ablehnung von Parteiorganisationen und der Betonung des Betriebs als Aktionsort; 2) der Spontaneismus als „Verachtung der Organisation“ und „Kultus der spontanen ‚direkten Aktion‘“ (151); 3) der „*putschistische Banditismus*“ mit seiner „Verherrlichung der ‚exemplarischen Gewalt‘ durch ‚aktivistische Minderheiten‘“ (152); 4) der nationalistische Chauvinismus. Insbesondere der Syndikalismus gilt Poulantzas allerdings als „*Reaktion des ‚Klasseninstinkts‘* der Arbeiterklasse gegen die politische Linie der revolutionären Organisationen“, die aber unter dem Einfluss der kleinbürgerlichen Ideologie „in die Irre“ gegangen (152) und „keineswegs ‚linksradikal‘“ gewesen sei (153). Im Gegenteil sei ein „immer deutlicher werdende[s] Abwandern spontaneistischer und anarcho-syndikalistischer Elemente [...] in die faschistischen Parteien“ zu verzeichnen gewesen, „um dann den sogenannten ‚linken‘ Flügel dieser Parteien zu bilden.“<sup>46</sup> (154)

Die „ideologische Integrationsfunktion“ des Faschismus „wirkte über das Vehikel des kleinbürgerlichen ‚Antikapitalismus‘“, der zusätzlich „bestimmte authentisch ‚proletarische‘ Themen aufnahm“ (174). Poulantzas spricht hier von einer Funktionalisierung der drei genannten Verbindungen von kleinbürgerlicher Ideologie und proletarischer Lebenslage

---

<sup>43</sup> Dieser Begriff des Rebellischen passt ausgezeichnet zu Erich Fromms Kategorie des rebellischen Charakters, der im Namen einer ‚wahren‘, machtvollen Autorität gegen eine als schwach wahrgenommene aufbegehrt, vgl. Fromm 1989, 185. Leider rezipiert Poulantzas sozialpsychologische Faschismustheorien nicht.

<sup>44</sup> Poulantzas‘ Katalog der Elemente der faschistischen Ideologie ist eine Liste der Gemeinsamkeiten der beiden o.g. Ideologien: 1) Etatismus und nationalistischer Kollektivismus; 2) vom Rechts- zum Maßnahmestaat; 3) Elitismus; 3) Rassismus und Antisemitismus; 4) Nationalismus; 5) Militarismus und Gewaltpolitik. Woher genau diese Ideologien kommen, wie sie entstehen und was genau sie den einzelnen Klassen zuordenbar machen soll, bleibt oft vage. Der Antisemitismus und der Rassismus werden nicht deutlich voneinander geschieden und rein funktionalistisch den Klasseninteressen des Klein-/Großbürgertums zugeordnet (expansionistische Interessen, Ablenkung des kleinbürgerlichen Antikapitalismus usw., vgl. Poulantzas 1973, 272). Poulantzas kritisiert zwar den „Antikapitalismus“ des „rebellierenden Kleinbürgertums“ als nicht-sozialistisch und chauvinistisch. Er trennt diesen aber künstlich vom Antisemitismus ab, so als handle es sich dabei um zwei vollkommen getrennte ideologische Komplexe – so, wenn er meint, der Hass auf den ‚jüdischen Wucherer‘ „paßte“ zum kleinbürgerlichen „Antikapitalismus“ (272) und der Antisemitismus wiederum „[...]lenkte“ „den Antikapitalismus der kleinbürgerlichen Massen auf die ‚Juden‘ ab[...]“ (272). Eine genaue Klärung der durch und durch fetischistischen und personalisierenden Gehalte des vermeintlichen ‚Antikapitalismus‘ des Kleinbürgertums unterbleibt ebenfalls.

<sup>45</sup> „Der Einfluß der kleinbürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterklasse zeigte sich in spezifischen Formen, die [...] dem unmittelbaren Lebensbereich der Arbeiterklasse angepaßt waren.“ (Poulantzas 1973, 151).

<sup>46</sup> Dies bestätigt die Analyse der Forschergruppe um Zeev Sternhell (1999).

(187f.): „Kult der Gewalt“ (188), Stilisierung zur „‘Anti-Partei‘“ (187) (216), syndikalistische Betriebsorientierung und putschistischer Pseudoantikapitalismus (216). Vom ‚Antikapitalismus‘ in der faschistischen Ideologie spricht Poulantzas stets in Anführungsstrichen: Der faschistische „Kampf gegen die liberale Ideologie“ beinhalte „einen ‚antikapitalistischen‘ – keineswegs jedoch sozialistischen – Aspekt“ (110). Erwähnt werden „Versöhnungsversuche zwischen den nationalistischen Traditionen und Elementen der Ideologie der Arbeiterklasse“, die sich „in Angriffen auf die ‚Plutokratie‘“, Ideen einer Nationalisierung von Aktiengesellschaften und der antiimperialistischen These eines kolonisierten Deutschland (deutsche Wirtschaft „in den Händen des internationalen Finanzkapitals“ (Strasser) (202)) zeigen sollen (vgl. 110). D.h., der Nationalismus ist und bleibt für Poulantzas eine ‚nichtproletarische‘ ideologische Tradition, die als Ideologie des „rebellierende[n] Kleinbürgertum[s]“ (202) in die Arbeiterklasse eindringt.

Ein wesentliches Moment der ‚ideologischen Krise‘ der Arbeiterklasse sei die „sozialchauvinistische[.] Schwenkung“ der KPD vor allem im Zuge der Schlageter-Kampagne 1923, aber auch gegen Ende der Weimarer Republik, die „die Agitation gegen den Frieden von Versailles in ganz offen nationalistischer Weise für sich zu benutzen versuchte, um die ‚nationalistischen Kleinbürger‘ für sich zu gewinnen“ (179). Es wird zwar deutlich, dass Poulantzas diese „Ausnutzung des ‚Nationalismus‘ des Kleinbürgertums“ (179) ablehnt – er spricht treffend davon, „in welche Verwirrung die Position der KPD, die sich in mehreren Punkten mit der des Nationalsozialismus deckte, die deutschen Massen stürzte“ (197) (ebenso 203) – weitere Analysen der national-sozialistischen Elemente der KPD-Linie finden sich aber nicht. Allerdings äußert sich Poulantzas zumindest kritisch über die damit verbundenen politökonomischen und staats-theoretischen „Problem[e] der Konzeption der Volksfrontpolitik“ der KI, die mit Dimitroffs Faschismusformel auf dem 7. Weltkongress den Endpunkt einer „Eskalation beständiger Verengung“ der ökonomischen Interessen, die der faschistische Staat „unmittelbar vertrete“ (100), erreicht habe: „Sie propagiert das breitestmögliche antifaschistische Bündnis, das alle Fraktionen des Kapitals mit einbezieht – mit Ausnahme der einen einzigen, als deren ‚exklusiver‘ Repräsentant der Faschismus jeweils angesehen wird“ (100).<sup>47</sup>

## 2.2. Laclaus Konzept des popular-demokratischen Klassenkampfes

Poulantzas‘ Ideologiekonzeption begreift Laclau zufolge die ideologische Krise, die zum Faschismus führt, richtig als „Verdichtung“ bestimmter diskursiver Elemente zum „Bruch“ mit einer bisher dominierenden Ideologie (Laclau 1981b, 82). Er analysiere Ideologien, indem er „sie in ihre konstituierenden *Elemente* entsprechend ihrer Klassenzugehörigkeit“ zerlege (83). Ideologien wie der Faschismus seien demnach „eine Verschmelzung heterogener Elemente“, „wobei [...] jedes Element seine Klassenzugehörigkeit hat“ (84) und behält. Der Nationalismus oder der putschistische Aktivismus z.B. seien kleinbürgerliche Elemente, die in den proletarischen Diskurs eingespeist werden, ohne ihre Klassenzugehörigkeit zu wechseln, und widersprechen damit den Interessen des Proletariats. Nationalismus sei für Poulantzas damit (klein-)bürgerlicher Chauvinismus und könne „nicht in eine sozialistische Richtung transformiert werden“ (86). Poulantzas‘ Zuordnung dieses Elements zu einer Klassenposition sei aber „ein rein willkürlicher Prozeß“ (86). Dagegen postuliert Laclau nun, „daß ideologische ‚Elemente‘, isoliert betrachtet, keine notwendige Klassen-Konnotation haben, und daß diese Konnotation erst das Resultat der Artikulation dieser Elemente in einen konkreten ideologischen Diskurs ist. Die Analyse des Klassencharakters einer Ideologie setzt

---

<sup>47</sup> Diese Verengung der „Klassenbasis des Faschismus“ (Poulantzas 1973, 173) verlaufe wie folgt: „Diktatur des Kapitals ‚in der Epoche des Niedergangs‘ (V. Weltkongreß); Diktatur des Großkapitals, des Finanzkapitals (VI. Weltkongreß); Diktatur der ‚reaktionärsten, chauvinistischsten, imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals‘ (VII. Weltkongreß); Diktatur der ‚200 Familien‘“ (100).

daher voraus, zu untersuchen, was die spezifische Einheit eines ideologischen Diskurses begründet.“ (87)

Laclau führt an dieser Stelle die ideologischen Elemente Militarismus, Nationalismus und Antisemitismus an. Ich konzentriere mich zunächst auf den letzteren. Antisemitismus könne verschiedenste Klassenkonnotationen annehmen, in der frühen Neuzeit z.B. als „charakteristisches ideologisches Merkmal“ des gegen das pro-zaristische „hebräische Wucherkapital“ (87) kämpfenden liberalen polnischen Bürgertums, oder als „Element der Ideologien bestimmter Volksschichten, wegen der Ausbeuterrolle des Wucherkapitals in den Nischen der feudalen Gesellschaft“ (87, vgl. auch 190). Zu Recht stellt Laclau fest, dass der Antisemitismus von unterschiedlichen Klassen artikuliert werden kann, was Poulantzas allerdings gar nicht leugnen würde. Die Differenz zwischen beiden besteht in Laclaus Annahme, dass damit kein *klassenfremdes* Element in den Klassendiskurs eindringt, sondern dieses Element seinen Klassencharakter *ändern* kann. Zwei strikt zu trennende Fragen tauchen dabei auf, die allerdings bei Poulantzas und Laclau durch ihre unreflektierte Gleichsetzung von ‚proletarischen‘ und ‚sozialistischen‘ Positionen<sup>48</sup> konsequent vermischt werden: 1) Zunächst muss die Frage gestellt werden, ob und inwiefern ein ideologisches Element durch seine spezifische diskursive Verknüpfung den *positionellen ökonomischen Interessen* von Klassenindividuen dienen kann. Nur dann ergibt die Rede von einem „charakteristische[n] Merkmal“ der jeweiligen *Klassenideologie* Sinn. Es muss mehr heißen als ‚faktisch von bestimmten Individuen vertreten, die zufällig einer bestimmten Klasse angehören‘. 2) Strikt davon zu trennen ist die Frage, ob dieses Element darüber hinaus durch seine Verknüpfung auch ‚progressive‘ oder *emanzipatorische* Funktionen erfüllen kann, weil schlicht nicht davon ausgegangen werden darf, dass die Verfolgung positioneller Interessen im Kapitalismus per se emanzipatorisch sein muss – im Gegenteil. Beides – also ökonomisch funktionales und progressives Moment sein zu können – bejaht Laclau im Falle des Antisemitismus in spezifischen historischen Konstellationen (vgl. v.a. 190) und offenbart damit ein hochproblematisches Verständnis von Antisemitismus, das sich im Falle des Nationalismus, auf den ich noch zurückkommen werde, wiederholen wird: Laclau identifiziert nämlich in seinen Ausführungen „Juden“ und „Wucherkapital“, sonst erschiene es ihm kaum evident, dass sich der Hass gegen die Bankiers der Monarchie oder die Konsumkreditgeber des Feudalismus ausschließlich gegen *jüdische* Bankiers und Kreditgeber richtete. Laclau argumentiert zumindest korrespondenztheoretisch, wenn er dem Antisemitismus einen ökonomisch oder politisch rationalen Grund unterstellt, der sich am realen wirtschaftlichen Handeln der Juden als abgetrennter Gruppe orientiere.<sup>49</sup> Er kann dabei nicht erklären, warum der Hass sich unterschiedslos gegen alle Juden richtete, warum z.B. von einer Minderheit reicher jüdischer Kreditgeber auf alle – in Feudalismus und früher Neuzeit meist verarmten<sup>50</sup> – Juden geschlossen wurde und warum nichtjüdische Bankiers und ‚Wucherer‘ vom Ressentiment des ‚Volkes‘ verschont blieben. Bereits hier erscheint eine durchweg regressive ideologische Haltung als mehr oder weniger aufgeklärte Interessenartikulation – ein Vorgang,

---

<sup>48</sup> Laclau beharrt orthodox darauf, der Marxismus-Leninismus sei „ein Element in der Ideologie der Arbeiterklasse“ (Laclau 1981b, 95). Wie dieses Element mit der Arbeiterklasse verbunden ist, bleibt aber unklar. Eine Differenzierung zwischen ökonomischen Interessen und politisch-ethischen Haltungen des Proletariats unterbleibt in seinen frühen Schriften, die genauso wie Poulantzas durchgängig ‚proletarisch‘ mit ‚sozialistisch‘ vermischen. Insofern ist die spätere postmarxistische Ablehnung der ökonomistischen Suche nach einer „Kategorie von Arbeitern [...], deren *ökonomische* Interessen sie direkt mit einer sozialistischen Perspektive verbinden“ (Laclau/Mouffe 2000, 121), eine implizite Selbstkritik. Dass solche Kritiken aber (von den Beiträgen der Frankfurter Schule in den 1930ern mal ganz abgesehen) bereits in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik formuliert wurden (vgl. dazu Elbe 2010, Teil 3) ohne gleich das, wie es bei Stäheli (2001, 194) nonchalant heißt, „Ende der Klassentheorie“ zu proklamieren, wird im Diskurs der radikalen Demokratie leider ignoriert.

<sup>49</sup> Zur Kritik korrespondenztheoretischer Antisemitismusauffassungen vgl. Holz 2010, 62-77.

<sup>50</sup> Vgl. Berding 1988, 15-20.



der sich in Laclaus Einschätzung der Schlageter-Kampagne der KPD in der Weimarer Republik wiederholen wird. Ich komme darauf zurück.

Zunächst aber zur abstrakteren theoretischen Fassung der *Einheit* von ideologischen Diskursen, die deren Klassencharakter definieren soll: Auch Laclau begreift zunächst orthodox althusserianisch Ideologie als in Apparaten konstituiertes imaginäres Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen. Das Einheitsprinzip ideologischer Diskurse besteht demnach im Subjekt-Effekt der Anrufung, also der Hervorbringung eines sich bestimmten Verhaltenserwartungen unterwerfenden und sich mit ihnen identifizierenden Handlungsträgers (z.B.: ‚ich bin ein deutscher Arbeiter‘). Die nichtreduktionistische Verbindung (‚Artikulation‘) von ideologischen Elementen wie Antisemitismus, Nationalismus oder Klassenidentität in konkreten ideologischen Diskursen wie dem Faschismus oder dem Marxismus-Leninismus werde dabei nicht durch die logische Konsistenz der Elemente ermöglicht – sie sei sogar „mit einem großen Ausmaß an logischer Inkonsistenz“ vereinbar –, sondern durch ihre „Fähigkeit [...], Verdichtungen mit den anderen Elementen herzustellen“ (90). Diese Stelle bleibt kryptisch, denn über die Bestimmung dieser „Fähigkeit“, also ‚Eigenschaft‘ der Elemente, schweigt sich Laclau aus. Auch ein Blick auf das Freudsche Konzept der Verdichtung macht den Gedanken kaum klarer. Freud unterscheidet den durch Zensur seitens der Ich-Instanz konstituierten manifesten, erlebten Trauminhalt vom latenten, unbewussten Traumgehalt und konstatiert einen geringeren Inhalt des manifesten im Vergleich zum latenten. Verdichtung in Gestalt von selektiver Berücksichtigung latenter in manifesten Gehalten und Konstitution eines manifesten Gehalts, der als Mischform für mehrere latente steht, ist einer der Mechanismen, die eine solche Gehaltreduzierung bewirken. Im Traum taucht also z.B. eine Person auf, die selektive Züge mehrerer Personen trägt, die sie symbolisiert.<sup>51</sup> Das Prinzip der Assoziation, das dabei waltet, sagt aber nichts über Kriterien bzw. Modi aus, nach denen assoziiert wird, was aber in unserem Zusammenhang von Interesse wäre, da Laclau ja „Fähigkeit[en]“ konstatiert, die Elemente für eine Assoziation, also Verknüpfung, tauglich machen. Folgt man David Hume, so „gibt es nur drei Prinzipien der Vorstellungsverknüpfung, nämlich *Ähnlichkeit*, *Berührung* in Zeit und Raum und *Ursache* und *Wirkung*.“<sup>52</sup> Solche Verknüpfungen wiederum beruhen Hume zufolge auf unwillkürlichen Vorstellungsintensitäten, Wiederholung bestimmter Vorstellungen und Gewohnheit.<sup>53</sup> Allerdings ist an dieser Stelle nicht entscheidbar, welchem Assoziationsbegriff Laclau folgt. In seinem späteren Werk wird er die Assoziation von Elementen als rein diskursive Konstruktion von „Äquivalenzkette[n]“ (Laclau 1981d, 181) analysieren. Laclaus postmarxistischer Ansatz impliziert aber eine veränderte Sozialontologie, die in den hier zu behandelnden Texten noch nicht zu erkennen ist.<sup>54</sup>

---

<sup>51</sup> Vgl. Freud 1995, 163.

<sup>52</sup> Hume 2005, 25.

<sup>53</sup> Vgl. Hume 2005, 63.

<sup>54</sup> Hier ist der Rekurs auf Saussure und Derridas Kritik an diesem entscheidend. Zu Saussures Begriff assoziativer Verknüpfung sprachlicher Elemente, die auf der Lautbild- und Bedeutungsebene verortet wird, vgl. Prechtel 1994, 86f. Bei Laclau/Mouffe wird die Einheit verschiedener Akteure und Elemente nicht als Repräsentation bestehender, sich überschneidender Interessen verstanden, sondern als „Resultat politischer Konstruktion“ (Laclau/Mouffe 2000, 100). Hegemonie bedeute damit die diskursive „Konstruktion der Identität der sozialen Agenten selbst“ (92). Es scheint, als könne hier durch eine extrem nominalistische, voluntaristische und okkasionalistische Sozialontologie alles mit allem vereinbart und alles von allem getrennt werden, was die Aufgabe eines jeden Konzepts objektiver Eigenschaften oder strukturell verankerter Interessen bedeutet: Die Äquivalenzketten werden rein symbolisch und absolut arbiträr konstruiert. Die „zeichenhafte[n] ‚Gebrauchswerte‘ auf der Ebene einer Objektsprache“ (Laclau 1981d, 182) werden diskursiv zu identischen Bedeutungen verschmolzen, so wie die absolut unterschiedlichen Gebrauchswerte der Waren, wie Laclau glaubt, durch den „Äquivalenzdiskurs [!] des Marktes“ (178) diskursiv zu einer Gemeinsamkeit verschmolzen werden, die darin besteht, ‚Wert‘ zu sein („diskursive Konstruktion des Werts“ (179)). Insofern stellt sich auch gar nicht mehr die Frage, wie ökonomisch bedingte, auf der Ebene der Produktionsweise verortete und von diskursiv-hegemonialer Konstruktion relativ unabhängige Interessen miteinander identifiziert werden können, denn es gibt

In der Phase relativer Stabilität ideologischer Diskurse gelinge die Neutralisierung von sozialen Widersprüchen durch „*Verschiebungen*“ (Laclau 1981b, 90). Auch dieser Freud entlehnte Begriff bleibt unterbestimmt. Bei Freud bedeutet er die Entstellung latenter Traumgedanken durch manifeste in Folge einer „Akzentverschiebung“.<sup>55</sup> So werde aus dem latenten Gedanken ‚ich habe zu früh geheiratet, es hätte noch viele andere Partner gegeben‘ der manifeste Gehalt ‚ich habe zu früh Theaterkarten gekauft und Vorverkaufsgebühr bezahlt, es sind aber noch viele Plätze frei‘. Man kann sich ungefähr vorstellen, dass, auf die gesellschaftliche Ebene übertragen, Verschiebung meinen könnte, ökonomische Interessenkonflikte zwischen den Klassen auf andere Ebenen zu transponieren, z.B. auf einen vermeintlichen Konflikt zwischen den Generationen bei der Frage der Finanzierung des Sozialstaats. In Krisenzeiten, so Laclau, löse sich die Einheit eines ideologischen Diskurses auf, was zugleich eine „Identitätskrise“ der Subjekte bewirke (90). Eine Krisenlösung könne durch Umgruppierung der Anrufungen bewerkstelligt werden – eine neue dominante Anrufung strukturiert dann den Zusammenhang.<sup>56</sup> Die ideologische Ebene der Krisenlösung wird Laclau zufolge umso wichtiger, je weniger bedeutsam eine Klasse für die „dominierenden Produktionsverhältnisse[.]“ ist, „je diffuser ihre ‚objektiven Interessen‘“ sind und je bedeutsamer sie innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsformation ist (91). Das verweist schon auf die Rolle des Kleinbürgertums im Faschismus.

Laclau geht nun davon aus, dass im Zuge des Klassenkampfes ideologische Diskurse durch die spezifische Artikulation von ideologischen Elementen „transformiert“ werden (91). Er konstatiert eine „doppelte Artikulation des politischen Diskurses“ (Laclau 1981c, 171) – als *Klassendiskurs* (Klasse als angerufenes Subjekt), der die Form des Gesamtdiskurses bestimmt, und als *Volksdiskurs*, als klassenunspezifisches, in seiner Bedeutung niemals endgültig fixierbares, von Klassendiskursen spezifisch geformtes Material.

Zunächst zum Klassenkampf und Klassendiskurs „auf der Ebene der Produktionsweise“: Das „Produktionsverhältnis, das seine beiden Pole als Klassen konstituiert“, sei hier „ein antagonistisches Verhältnis“ (Laclau 1981b, 91), schreibt Laclau. Er schwankt dabei zwischen der rätselhaften Behauptung, der zufolge die „Klassen sich durch den Kampf selbst konstituieren“ und der These, es sei ihre – in diesem Fall antagonistische – „Stellung im Produktionsprozess“ (93), die ihren Klassencharakter bestimme. Der Mehrwert, so Laclau, „konstituiert [...] zugleich das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeitern und den Antagonismus zwischen ihnen“ (91). Laclau scheint einen *polarischen* Gegensatz anzuvisieren, also einen, in dem die Pole des Gegensatzes nur durch den und in dem Gegensatz existieren – „wir können den Begriff Arbeiter [meint: Lohnarbeiter] nicht denken, ohne an den komplementären Begriff des Kapitalisten zu denken“ (92).<sup>57</sup><sup>58</sup> *Antagonistisch* ist diese Beziehung, weil die strukturell bedingten Interessen der Nichteigentümer an Produktionsmitteln an einem möglichst hohen Lohn (v) und der Produktionsmitteleigentümer

---

solche Interessen beim späteren Laclau einfach nicht mehr und daher kann man die Einheit von Interessen und Subjektpositionen einfach *behaupten*.

<sup>55</sup> Freud 1995, 134.

<sup>56</sup> Laclau führt das Beispiel an, dass religiös-asketische und weltliche Anrufungen zunächst nebeneinander bestehen können, infolge der Umgruppierung aber die asketische Anrufung als „Hauptorganisator“ von „familialen, politischen, ökonomischen“ (Laclau 1981b, 90f.) fungiere, sodass sie die Bedeutung des weltlichen Lebens von ihrem ideologischen Element aus strukturiere, bestimmte weltliche Praktiken nun an ihrem Maßstab gemessen und als ‚Abfall von einem gottesfürchtigen Lebenswandel‘ verurteilt würden.

<sup>57</sup> Diesen komplexen Antagonismus-Begriff lässt Laclau in seinen postmarxistischen Texten unter dem Einfluss Lucio Collettis (Antagonismus entweder als irrationaler logischer Widerspruch oder als bloße Realopposition voneinander unabhängiger Entitäten) und Carl Schmitts (Antagonismus als Negation der ‚eigenen Art Existenz‘ einer Gruppe) allerdings fallen. Vgl. dazu Opratko 2007, 74. Zur Kritik an Collettis Sozialontologie vgl. Kocyba 1979, 21f. und Wolf 1985, 221-245. Zur Kritik an Schmitts Freund-Feind-Konzept vgl. Elbe 2015, 239-269.

<sup>58</sup> Aber es müssen hier dennoch, zumindest analytisch, zwei Momente auseinandergelassen werden: Der Gegensatz von Produktionsmittel-Besitzern/Nichtbesitzern, der die Klassenstruktur als solche bestimmt und der daraus resultierende Kampf dieser gegensätzlich bestimmten Klassen – das Nullsummenspiel m:v usw.

an einer möglichst hohen Mehrwerttrate (m/v) sich strikt widersprechen und ein Nullsummenspiel zwischen Lohn- und Mehrwertanteil implizieren.<sup>59</sup> Der ideologische Diskurs rufe hier die Individuen als Klassensubjekte an (94).<sup>60</sup>

Vom Klassendiskurs im Rahmen des Klassenkampfes unterscheidet Laclau die „*Klassen im Kampf*“ (93) auf der „Ebene einer konkreten Gesellschaftsformation“ (92). Hier sei die Stellung der Klassen im Produktionsprozess ihrem Antagonismus „relativ äußerlich“ (93). Es handelt sich damit nicht um einen Klassenantagonismus im Sinne eines polarischen Gegensatzes, da beide Klassen nicht erst im Entgegenstehen zueinander existieren – „die Konfrontation ist ihrem Wesen relativ äußerlich“ (93), wie im Falle von Kapitalisten und Kleinbürgern (vgl. 92). Die Beherrschten „verstehen“ sich hier nicht als Klasse, sondern als „die Anderen“, „als ‚*Unterdrückte*‘“ im Verhältnis zum „herrschenden Machtblock“ (93f.). Ideologie bedeutet hier die Anrufung der Individuen als „*Volk*“, weshalb Laclau auch von der „Sphäre des *popular-demokratischen Kampfes*“ spricht. Dieser Kampf sei nur durch Berücksichtigung der „politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse“ zu begreifen und finde „nur auf der ideologischen und politischen Ebene statt“, denn „das Volk existiert auf der Ebene der Produktionsverhältnisse [...] nicht“ (94). Es dominiert der Widerspruch zwischen Volk und Machtblock (vgl. 113).

Das Verhältnis von Klassenkampf und popular-demokratischem Kampf sei nicht klassenreduktionistisch zu fassen. Laclau wehrt sich gegen Deutungen des Volksbegriffs als bloßes Klassenbündnis im Sinne einer Schnittmenge voneinander klar unterscheidbarer Klasseninteressen oder im Sinne bloßer „Rhetorik oder Propaganda“ (93): „deutsche‘, ‚italienische‘, ‚englische Arbeiterklasse“ seien „nicht reduzierbare Besonderheit[en]“ (95).<sup>61</sup> „Das Spezifische des ideologischen Klassenkampfes“ bestehe im Kampf um Identifizierung von Klassenprojekt und Volkssubjekt (Laclau 1981c, 171). „Jede Klasse“, meint Laclau, „kämpft auf ideologischem Gebiet *gleichzeitig* als Klasse und Volk“ (94), d.h. sie „sucht ihren ideologischen Diskurs kohärent zu machen, indem sie ihre Klassenziele als Erfüllung populärer Ziele *hinstellt*“ (Laclau 1981b, 94f. Herv. von mir). Ähnliche Formulierungen finden sich immer wieder in diesem Zusammenhang: Der Antikapitalismus soll sich als Höhepunkt nationaler Traditionen und Kämpfe „präsentieren“ (101) oder „dar[.]stellen“ (111). Das klingt stark nach einem ‚So tun, als ob‘, also nach Manipulation der Mehrheit durch eine Minderheit mittels Propaganda.<sup>62</sup> Die proletarische Ideologie müsse jedenfalls

---

<sup>59</sup> Nullsummenspiel nur bezogen auf die Wert-Dimension, nicht auf die reale Kaufkraft der Lohnarbeiter, vgl. Marx 1974, 420f. Zu den strukturellen Bedingungen dieser (Interessen-)Gegensätze vgl. Marx 1993, Kap. 8.

<sup>60</sup> Leider bleibt diese Anrufung bei Laclau unanalysiert. Es bleibt z.B. unklar, ob es sich bei deren Effekt um Identitätsbewusstsein, Konfliktbewusstsein oder gar revolutionäres Klassenbewusstsein handelt. Zur Differenzierung dieser Momente vgl. Giddens 1984, 137.

<sup>61</sup> Deutlicher wird das im postmarxistischen Werk hervorgehoben: Durch die Artikulation in populären Diskursen verändert sich die Identität von Klassensubjekten, vgl. Laclau/Mouffe 2000, 227f.: Die demokratische „Äquivalenz“ bilde nicht bloß „eine ‚Allianz‘ zwischen gegebenen Interessen“, sondern modifiziere „gerade die Identität der in dieser Allianz engagierten Kräfte“. Laclau/Mouffe schwebt hier offenbar eine Art ‚unity of oppression‘ vor, die „Arbeiterinteressen“ mit „Frauen-, Immigrantinnen- oder Konsumentenrechten“ (228) kompatibel machen soll. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das nicht objektive, d.h. von diskursiver Artikulation *relativ* unabhängige Gehalte dieser Interessen voraussetzt und ob die Kompatibilität dann stets möglich ist. Fraglich bleibt auch, welches normative *Kriterium* von Kompatibilität hier angelegt wird – der kategorische Imperativ ist es nicht, er wird als rationalistisch abgelehnt. Betont wird hingegen im Diskurs der radikalen Demokratie lediglich, dass der Streit zwischen Positionen möglich bleiben müsse. Damit ist inhaltlich allerdings nichts über die Kriterien der Äquivalenz, Assoziation oder Kompatibilität ausgesagt – und sind nicht genau das die politisch wirklich interessanten Fragen, über die gestritten wird? Ohne Beanspruchung verbindlicher Kriterien der Interessenabstimmung bleibt jeder Streit belangloses Wortgeklängele oder strategischer, von faktischer Erpressungsmacht abhängiger Kompromiss.

<sup>62</sup> Vgl. kritisch zu diesem „Als-ob-Mythos“: Priester 2014, 61f. Solche Elemente finden sich in vielen Diskurstheorien. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, was passiert, wenn ‚die Massen‘ mal dahinterkommen, dass sie schlicht betrogen wurden, es stellt sich auch die Frage, was mit den vermeintlich sozialistischen Intentionen der Diskursmanipulateure geschieht, wenn sie sich derart nationalistischen Traditionen anbieten.

„alle [!] nationalen Traditionen [...] absorbieren“ (101), „eine vollständige [!] Identität von popularem und sozialistischem Kampf [...] erreichen“ (104), eine „ideologische Verschmelzung von Nationalismus, Sozialismus und Demokratie“ (114) bewirken. Es müsse beispielsweise die Vorstellung erreicht werden, „die Arbeiter seien die authentischen Repräsentanten der historischen Interessen des deutschen Volkes“ (105).<sup>63</sup>

Bevor ich auf die inhaltliche Problematik dieses Ansatzes bei der Nation zu sprechen komme, der zudem recht beliebig zwischen den Kategorien ‚Demokratie‘, ‚Volk‘ und ‚Nation‘ hin und her wechselt, müssen noch einige begriffliche Differenzierungen in Laclaus Theorie des ideologischen Klassenkampfes erörtert werden. Es dürfe nämlich die popular-demokratische Anrufung nicht mit dem Populismus verwechselt werden.<sup>64</sup> *Popular-demokratische* Anrufungen der sozialen Klassen als ‚Volk‘ könnten nämlich alle Akteure im politischen Klassenkampf betreiben, auch der Block an der Macht. Dieser errichte seine Hegemonie durch Verwandlung potentieller Antagonismen zwischen Volk und Machtblock in bloße Differenzen: „Die Hegemonie einer Klasse“, erläutert Laclau, „beruht nicht so sehr darauf, daß sie fähig ist, der übrigen Gesellschaft eine einheitliche Weltsicht aufzuzwingen, sondern darin, daß sie verschiedene Weltsichten in einer Weise artikulieren kann, die deren potentiellen Antagonismus neutralisiert.“ (Laclau 1981c, 141) Die Spezifik des *Populismus* bestehe dagegen nicht bloß im positiven Bezug auf das Volk, sondern sei dort zu verorten, „wo popular-demokratische Elemente als antagonistische Option gegen die Ideologie des herrschenden Blocks präsentiert werden.“ (151) Es seien dabei zwei Formen des Populismus zu unterscheiden, der der herrschenden und der der beherrschten Klassen (151). Im ersten Fall genüge es, „daß eine Klasse oder Klassenfraktion zur Behauptung ihrer Hegemonie eine grundlegende Veränderung im Machtblock braucht, um eine populistische Entwicklung zu ermöglichen.“ (151) Dies sei im Bonapartismus oder „im Nazismus der Fall“ gewesen (152). Hier hätten die bisherigen Verschiebungs- und Neutralisierungsmechanismen gesellschaftlicher Widersprüche versagt (vgl. Laclau 1981b, 101f.) und die Etablierung der ‚monopolkapitalistischen Hegemonie‘ sei nur noch durch Änderung der Staatsform möglich gewesen, in deren Gefolge Fraktionen der herrschenden Klassen populistisch einen Antagonismus Volk/alter Machtblock aufgemacht hätten. (102f.) Die „Lähmung des herrschenden Blocks“ führte zu einer radikalen, aber systemkonformen Bewegung (102f.), die die Verbindung Volk-Proletariat desartikulierte, indem sie das Volk als „Rasse“ angerufen habe und „[a]lle anti-plutokratischen, nationalistischen und demokratischen Aspekte“ (104) um dieses Subjekt herum gruppierte. Der Faschismus schließt durch Artikulation von Klassenverhältnissen als bloßen Differenzen von ‚Arbeitern der Stirn‘ und ‚Arbeitern der Faust‘ sowie ‚Betriebsführern und -gefolgschaft‘ den Klassenkampf ideologisch aus und läßt klassenspezifische Interessen nur noch in Form des Korporatismus zu (104f.). „Für die Beherrschten“ dagegen bestehe „der ideologische Kampf in einer Ausdehnung des in den demokratischen Anrufungen enthaltenen Antagonismus und in seiner Artikulation mit ihren eigenen Klassendiskursen“ (Laclau 1981c, 152). Populistische Diskurse haben demnach Elemente, die keine konkreten Klassenkonnotationen haben, sind aber immer in „Klassendiskurse“ eingebaut (153). Im Gegensatz zum Spätwerk ist festzustellen, dass Laclau

---

<sup>63</sup> ‚Klassen im Kampf‘ heißt letztlich antagonistische Reklamation des nationalen Gemeinwesens. Klassen kämpfen um „Eingliederungen derselben Anrufungen in antagonistische ideologische Diskurse“ (Laclau 1981b, 95), wodurch Ideologien transformiert werden, indem denselben Signifikanten (Nation, Volk, Demokratie) unterschiedliche Signifikate zugeordnet werden. Es geht um die „Identifikation zwischen ‚Volk‘ und Klassen“ (99).

<sup>64</sup> Laclau ist hier allerdings nicht konsistent. Einerseits konstatiert er, Populismus sei „eine bestimmte Form der Artikulation der popular-demokratischen Anrufungen“. „Der Populismus fängt dort an, wo popular-demokratische Elemente als antagonistische Option gegen die Ideologie des herrschenden Blocks präsentiert werden.“ (Laclau 1981c, 151). Andererseits bestimmt er – dem widersprechend – Demokratie *generell* als „Reihe von Symbolen, Werten, etc. [...], durch die sich das Volk seiner Identität durch seine Konfrontation mit dem Machtblock bewußt wird“ (Laclau 1981b, 192).

den linken Populismus also immer noch an Klassendiskurse rückbindet. Der „Jakobinismus“ als „reine[.] Form“ der Opposition „System“-„Volk“ sei nur als vorübergehende Phase des ideologischen Kampfes möglich, die dann wieder von „ideologischen Klassendiskursen absorbiert“ werde (Laclau 1981b, 100). Die Unterscheidung Volk-Machtblock ist für Laclau daher einerseits irreduzibel, muss aber nichtreduktionistisch mit Klassendiskursen verbunden werden, andernfalls sei sie tatsächlich, wie Poulantzas fälschlicherweise dem Populismus insgesamt unterstelle, kleinbürgerliche Ideologie, in der die Idee vorherrsche, der Kampf gegen den Machtblock „*könne als ausschließlich demokratischer Kampf jenseits der Klassen geführt werden*“ (101). Der Entstehungskontext populistischer Bewegungen und Ideologien ist demnach eine Hegemoniekrise des herrschenden Blocks, die sich in Gestalt eines rechten Populismus (Bruch im Machtblock und Umgruppierung desselben zugunsten der herrschenden Klassen) und/oder eines linken Populismus (als Aufbrechen der Antagonismen zwischen Herrschenden und Beherrschten überhaupt) äußern könne (vgl. Laclau 1981c, 153f., 158).

Dieses „*zentrale Feld des ideologischen Klassenkampfes*“ (Laclau 1981b, 94) wird von Laclau mit dem Kleinbürgertum in Verbindung gebracht: Dessen gemeinsamer ökonomischer Zug bestehe lediglich in der „Trennung von den herrschenden Produktionsverhältnissen“ (98). Sein Widerspruch zum Machtblock sei nicht auf dieser „Ebene der dominierenden Produktionsverhältnisse situiert“. Weil es nicht im Verhältnis eines polarischen Gegensatzes zur Bourgeoisie stehe, sei sein Antagonismus zum Machtblock nicht ökonomisch bedingt, sondern – als ‚Klasse im Kampf‘ – lediglich „auf der Ebene der politischen und ideologischen Verhältnisse situiert“. Es weise „fast ausschließlich eine ‚Volks‘-Identität“ (99) auf, womit der Widerspruch zum Machtblock sehr freischwebend und scheinbar beliebig manipulierbar erscheint und die kleinbürgerlichen „Mittelklassen das natürliche Terrain“ (99) des popular-demokratischen Kampfes bilden.

Auch wenn oben unklar blieb, was das nichtreduzierbare Moment populärer Anrufungen sein soll, und die Reklamation des Volkes seitens einer Klasse damit in die Nähe eines manipulativen ‚Als ob‘ rückte, unterstellt Laclau dann schließlich doch, der Nationalismus habe einen „allgemeine[n] Bedeutungskern[.]“ (Laclau 1981c, 140) – den er uns aber leider verschweigt –, dieser könne aber „konnotativ mit verschiedenen ideologisch-artikulatorischen Bereichen verknüpft“ sein (140). Zudem gebe es in jeder nationalen Tradition von Sozialisten reklamierbare semantische *Gehalte* (Laclau 1981b, 101, 116): Die Anrufung Volk/Nation bleibe „in der Tiefe des populären Bewußtseins [...] möglicher Ursprung für eine Radikalisierung“ (101). Er proklamiert in diesem Zusammenhang eine relative Dauerhaftigkeit von „Volkstraditionen“ und deren Bedeutungsüberschuss gegenüber Klassenstrukturen: Hier werde der „Widerspruch ‚Volk‘/Machtblock im Unterschied zu einem Klassenwiderspruch“ ausgedrückt, worin sich „die ideologische Kristallisation von Widerstand gegen Unterdrückung überhaupt, d.h. *gegen die Form des Staates als solche*“ (Laclau 1981c, 146) zeige. Schließlich werden Badiou/Balmès teilweise zustimmend mit ihrer These zitiert „‘kommunistische Resonanzen‘“, der „‘Wunsch der Ausgebeuteten, Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt abzuschaffen‘“ (148), seien „eine Konstante bei Volkserhebungen“ und „‘teilweise autonom gegenüber der modernen Arbeiterbewegung‘“ (147).<sup>65</sup> Es soll hier nicht geleugnet werden, dass kommunistische und proletarische Forderungen nicht notwendig verknüpft sind, oder dass in vorkapitalistischen sozialen Bewegungen vereinzelte Momente herrschaftskritischen Denkens auftauchen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die systematische Verknüpfung ‚Herrschaftskritik-Volkstradition‘ korrekt ist oder ob sie nicht eher ein problematisches Verständnis von emanzipatorischer

---

<sup>65</sup> Später kritisiert Laclau die These, es handle sich bei den bleibenden Gehalten der Volkstradition um Kommunismus – dieser sei eine besondere Form davon, die „alle potentiellen Antagonismen“ davon entwickle (Laclau 1981c, 148). Es fragt sich dann aber, wie das mit seiner vorherigen These zusammenpasst.

Politik offenbart.<sup>66</sup> Denn Volkstraditionen müssen keineswegs immer im Gegensatz zu einem „Machtblock“ artikuliert werden, was Laclau selbst feststellt. Er hält das aber offenbar für eine Neutralisierung ‚eigentlich‘ antagonistischer Elemente in diesen Traditionen, da er diese Traditionen mit einer Bedeutung auflädt, die sie selten hatten und haben – nämlich Signum von *Herrschaftskritik schlechthin* zu sein. Dabei ist sein Schluss von „Unterdrückung überhaupt“ zum „Staat“ ein Kurzschluss, auch für Volkstraditionen, weil diese keineswegs prinzipiell staatskritische Positionen artikulieren müssen und die Opposition gegen einen bestimmten „Machtblock“ oder selbst gegen den Staat als solchen keineswegs identisch mit Kritik an *Unterdrückung überhaupt* sein muss. Schließlich werden in der Regel z.B. patriarchale, vorrechtlich-,sittliche‘, feudale, anarchokapitalistische, antisemitische und faschistische Herrschaftsverhältnisse im Rahmen von Volkstraditionen artikuliert. Rackets, völkische Partisanen, besitzindividualistische Steuerverweigerer, faschistische Bewegungen und islamistische Mobs sind aber keine herrschaftskritischen Akteure.<sup>67</sup> Laclau ordnet den Elementen des Populismus also essentialistisch ein „revolutionäres Potential“ zu. Ansonsten wäre es unverständlich, dass er die obigen Ausführungen zum herrschaftskritischen Gehalt der Volkstraditionen macht und dass er unterstellt, der NS-Populismus habe das „revolutionäre[.] Potential“ der popular-demokratischen Anrufungen von seinen „wahren Ziele[n]“ abgelenkt: „Der Nazismus war eine populistische Erfahrung, der [sic!], wie jeder Populismus der herrschenden Klasse, an eine Reihe von ideologischen Verzerrungen [!] – z.B. den Rassismus – appellieren mußte, um zu verhindern, daß das revolutionäre Potential populärer Anrufungen [!] auf sein wahres Ziel [!] umorientiert wurde.“ (152)<sup>68</sup> Ohne die Prämisse einer ‚eigentlich‘ revolutionären Stoßrichtung populärer Elemente, die nur verzerrt wurden oder auf halbem Wege stehen blieben, könnte Laclau auch nicht behaupten, nur der Sozialismus könne das antagonistische Potential des Gegensatzes Volk/Machtblock voll entfalten (vgl. 149). Was aber, wenn ein solches Potential fehlt oder fundamental regressiv ist? Dann bricht die gesamte Hegemonietheorie Laclaus – zumindest in dieser Phase seines Werkes – zusammen.

Es wird aber noch problematischer. Nicht nur essentialisiert Laclau die vermeintlich antagonistischen Potentiale der Volkstraditionen, er überträgt auch Erfahrungen mit der national-populären Anrufung in kolonialen Kontexten auf die kapitalistischen Metropolen. Charakteristisch dafür ist seine positive Einschätzung der Politik der KPD in der Weimarer Republik, in der er eine „nationalistische Agitation gegen den Versailler Vertrag“ entdeckt (86). Die nationalistische Linie der KPD taucht vor allem im Jahr 1923 im Zuge der sog. ‚Schlageter-Kampagne‘, des Kampfes gegen die französische Ruhrbesatzung und der teilweisen Zusammenarbeit der KPD mit völkischen Gruppen, und von 1930-1932 im Kontext der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ auf. Es finden sich hier massive nationalistische und antisemitische Hetzschriften und -reden auf Seiten der KPD, die bisweilen in direkte Mord- und Pogromaufrufe gegen Industrielle und Juden münden. Diese ‚Volksfront‘politik kann hier nicht einmal ansatzweise ausgeführt werden.<sup>69</sup> Es seien nur einige Tendenzen genannt, die in diesen ‚national-populären‘ Kampagnen auftreten: 1) Der Volksbegriff wird klassenübergreifend mit allen angeblich ‚Schaffenden‘ identifiziert, während die angeblich ‚Raffenden‘ („Schmarotzer“ und

---

<sup>66</sup> Zu regressiven Zügen in Badiou Philosophie vgl. Machunsky 2007 sowie Wallat 2010, 299f.

<sup>67</sup> Wenn Laclau die „Abschaffung des Staates als ‚dem Volk‘ antagonistischer Kraft“ (Laclau 1981c, 173) als „höchste Form des ‚Populismus‘“ (173) begreift, so ist das zumindest eine Unterbestimmung von Herrschaftskritik und lässt faschistisch-völkischen Positionen eine offene Flanke. Allgemein bleibt der Kritikmaßstab Laclaus, d.h. auch sein Verständnis von Emanzipation, im Dunkeln. Das wird sich in seiner postmarxistischen Phase nicht bessern.

<sup>68</sup> Vgl. Laclau 1981c, 174: „populäre Anrufungen wurden an Inhalte wie Rassismus und Korporatismus gebunden, die ihre Radikalisierung in sozialistischer Richtung verhinderten.“

<sup>69</sup> Ich verweise auf die umfangreichen Studien von Hauray 2002 und Kistenmacher 2016a.

„Parasiten, die am Leibe Deutschlands wuchern“<sup>70</sup>) aus dem Volk ausgeschlossen werden. Suggestiert wird dabei, Arbeiterklasse, mittleres Kapital und Kleinbürgertum hätten übereinstimmende Interessen, während der Kampf ausschließlich gegen „das räuberische Finanzkapital, die Großindustriellen, Großaktionäre und Großgrundbesitzer“<sup>71</sup> geführt werden müsse. Hier werden alle klassentheoretischen Bestimmungen der Marxschen Tradition fallengelassen. 2) „Nichtstuer“, „Schieber“ und „Spekulanten“<sup>72</sup> werden häufig mit dem Adjektiv „international“ versehen, und als „Volksverräter“ bezeichnet, deren einziges „Vaterland“ und deren „Gott das Portemonnaie“ sei,<sup>73</sup> die die „Verteidigungskraft“ des deutschen Volkes lähmen, die „Würde der Nation“ mit Füßen treten und eine „nationale[.] Schmach“ bewirken.<sup>74</sup> Dabei wird Deutschland, ein metropolitanes, hochindustrialisiertes und imperialistisches Land, als „Kolonie des fremden Kapitals“ imaginiert, das vor der „Überfremdung der gesamten Wirtschaft“ und der „Vernichtung“ bewahrt werden müsse. Die „nationale Befreiung“ wird als eigenständiges Ziel proklamiert und dabei an die „gesunden nationalen Empfindungen“ der Massen appelliert.<sup>75</sup> 3) Dieses konkrete, gute, schaffende Volk steht zwar vordergründig<sup>76</sup> nicht gegen ein anderes Volk, aber gegen die ‚Figur des Dritten‘<sup>77</sup> – das „internationale Ausbeutergesindel“, das als Feind „der Völker“ schlechthin betrachtet wird.<sup>78</sup> Diese strukturelle Gemeinsamkeit mit dem Antisemitismus, in dem die Juden (oder später Israel) als ‚Feind der Völker‘ auftauchen, wird mit expliziten antisemitischen Stereotypen angereichert, indem den ‚Großkapitalisten bescheinigt wird, für einen „Judaslohn“ „in die Versklavung Deutschlands und die Vernichtung der deutschen Nation einzuwilligen“, und den „Nazis“ unterstellt wird, „als Helfer des ‚jüdischen‘ Kapitals“ zu fungieren – auch vice versa seien die Nazis von Juden finanziert worden.<sup>79</sup> Schließlich wird dem NS vorgeworfen, gar nicht wirklich gegen das „jüdische[.] Warenhaus-Kapital“ vorzugehen.<sup>80</sup> Juden und Deutsche werden in einen Gegensatz gebracht, es wird vom „verjudete[n] Finanzkapital“ schwadroniert und unterstellt, mit dem Kampf gegen die „jüdischen Kapitalisten“, die sich „durch Ausbeutung des deutschen Volkes“ „mästen“, sei der erste richtige Schritt auf dem Wege zum konsequenten Antikapitalismus getan.<sup>81</sup> Bezeichnenderweise wird auch der Zionismus, also der Nationalismus eines tatsächlich mit totaler Vernichtung bedrohten (und dadurch konstituierten) Volkes, von der KPD von Anfang an leidenschaftlich bekämpft – bis hin zur Verteidigung antisemitischer Pogrome arabischer Massen.<sup>82</sup>

Folgende Annahmen veranlassen Laclau dazu, diesen Kurs zu affirmieren: 1) Er glaubt, die „anti-plutokratische“ und ‚jakobinische‘ Tradition in der NSDAP „hätten leicht zu einem wirksamen Antikapitalismus werden können“ (Laclau 1981b, 105, vgl. auch 111f., Laclau 1981c, 152). Die antisemitische Ideologie des Kampfes gegen das ‚jüdische‘ bzw. ‚raffende‘ Finanzkapital wird von ihm als ein auf halbem Wege stehenbleibender Antikapitalismus begriffen, nicht als prinzipiell regressive und herrschaftsaffirmative Ideologie. 2) Wenn die genannten „anti-plutokratischen“ und nationalistischen Elemente als progressiv besetzbar

<sup>70</sup> Zitiert nach Haury 2002, 273. Dieses wie alle folgenden Zitate aus dem Kontext dieses Abschnittes sind Äußerungen führender KPD-Funktionäre oder Auszüge aus Tageszeitungen der KPD wie der Roten Fahne.

<sup>71</sup> Zitiert nach Haury 2002, 281. Hervorhebungen von mir.

<sup>72</sup> Zitiert nach Haury 2002, 269, 263.

<sup>73</sup> Zitiert nach Haury 2002, 270.

<sup>74</sup> Zitiert nach Haury 2002, 263, 267, 269.

<sup>75</sup> Zitiert nach Haury 2002, 267, 265, 270, 271.

<sup>76</sup> Diese Tendenz wird aber immer wieder konterkariert, wie in der Aussage man müsse „dem französischen Imperialismus eine kampffähige geschlossene Nation entgegenstellen“ (zitiert nach Haury 2002, 271).

<sup>77</sup> Vgl. Holz 2010, 160f., für den marxistisch-leninistischen Antizionismus vgl. ebd., 464, 468-471.

<sup>78</sup> Zitiert nach Haury 2002, 286, 275.

<sup>79</sup> Zitiert nach Haury 2002, 270, 280.

<sup>80</sup> Zitiert nach Kistenmacher 2016a, 184.

<sup>81</sup> Zitiert nach Haury 2002, 284, 281.

<sup>82</sup> Vgl. Kistenmacher 2016a, 247-282.

gelten, dann sind es weder per se emanzipationsfeindliche Haltungen der faschistischen Akteure, noch die semantischen Gehalte faschistischer Ideologie und bestimmte Klasseninteressen, die Hitler groß werden ließen, sondern es ist der fehlende „Wille zur Hegemonie“ seitens der Arbeiterklasse (Laclau 1981b, 112). Laclau imaginiert also eine geradezu unbeschränkte Handlungsfähigkeit der Partei, wenn nur die richtigen Diskursstrategien verwendet worden wären. 3) Daher hätte die KPD, so Laclaus Folgerung, die „Schlageter-Linie [...] vertiefen“ und „für eine nationale Renaissance“ kämpfen müssen, was den „linke[n] Flügel“ der NSDAP (112) und den „plebejischen und antikapitalistischen Zug“ der „Mittelklassen“<sup>83</sup> (111) in ein kommunistisches Projekt integriert hätte.

Worauf läuft die ‚national-populäre Anrufung‘ aber tatsächlich hinaus? Der Preis für die Konstruktion der ‚Äquivalenzkette‘ (Laclau 1981d, 181) Proletariat = werktätige Massen = antikapitalistisches Kleinbürgertum = mittleres Kapital = ausgebeutete deutsche Nation, ist keineswegs ein die Klassengrenzen transzendierendes herrschaftskritisches Projekt, sondern der zunehmende Bedeutungsverlust der Signifikanten<sup>84</sup> und damit die Abkehr von begrifflich konturierter Kapitalismus- und Faschismusanalyse zugunsten der Bedienung diffuser Ressentiments gegen ‚Schieber‘, ‚Spekulanten‘ und ‚Parasiten‘, teils ‚jüdischer‘ Art. Bedient wird lediglich die Identifikation mit einer als klassenübergreifend und homogen imaginierten Nation – das Nationale wird so zum eigenständigen Wert. Das Problem sind jetzt nur noch die ‚antinationalen Groß- und Finanzkapitalisten‘. Dass Laclau den Topos der ‚Anti-Plutokratie‘ und auch dessen partiell antisemitische Artikulation als zu einem konsequenten Antikapitalismus hin entwicklungsfähiges Element begreift, zeigt *erstens* seine Ausblendung der emotionalen Matrix dieser ressentimentbeladenen und prokapitalistischen Haltung.<sup>85</sup> Er bedenkt nicht, dass, wie auch immer konstruktivistisch verstanden, die Volk-als-Nation-Anrufung auf gesellschaftlich produzierte kollektiv narzisstische<sup>86</sup> Bedürfnisstrukturen trifft, die zur projektiv-aggressiven Bekämpfung innerer sozialer und psychischer Konflikte an ausgeschlossenen Dritten neigen und die keineswegs mit der behavioristischen Konzeption des Subjekts als diskursiver Oberflächeneffekt zu erfassen sind.<sup>87</sup> *Zweitens* erweist diese Annahme vom neutralen Antiplutokratismus Laclaus problematisches Verständnis von ‚Kapitalismuskritik‘. So zitiert er einen „Gesetzesvorschlag“ der „Nazi-Abgeordneten Strasser, Feder und Frick“ von 1930, der „eine Beschränkung des Zuwachses für alle Kapitalanlagen auf 4%, die entschädigungslose Enteignung des Aktienbesitzes der ‚Bank- und Finanzmagnaten‘ und die Nationalisierung der großen Banken“ vorsah und der „wortwörtlich“ auch von KPD-Abgeordneten eingebracht worden sei (Laclau 1981b, 105). Statt dies als Indiz für die Verkürzung des vermeintlichen Antikapitalismus der KPD auf ein Ressentiment gegen Zins und (unverstandenes) Finanzkapital zu begreifen, gilt es Laclau als Beleg für die nicht nur Klassen-, sondern auch politische Neutralität und sozialistische Entwickelbarkeit des NS-„Jakobinismus“. Laclau ignoriert, dass die faschistische antikapitalistische Rhetorik auf systematisch falschen Verständnissen ‚kapitalistischer‘ Ausbeutung als ‚Zinsknechtschaft‘, der Trennung des zusammengehörenden Finanz- und

---

<sup>83</sup> So redet auch die *Rote Fahne* von den „starken, wenn auch unklaren antikapitalistischen Stimmungen“ der Mittelschichten (zitiert nach Haury 2002, 271).

<sup>84</sup> Zumindest Letzteres räumt Laclau explizit ein, vgl. Laclau 1981d, 179.

<sup>85</sup> Vgl. dazu u.a. Fromm 1989, Rensmann 1998, Elbe 2015, 412-422.

<sup>86</sup> Vgl. zum Begriff Adorno 1979, 114.

<sup>87</sup> Erich Fromms Studien zum autoritären Charakter werden von Laclau mit wenigen Zeilen abgefertigt (vgl. Laclau 1981b, 76). Im postmarxistischen Spätwerk ist es dann Chantal Mouffe, die den kollektiven Narzissmus und den autoritär-masochistischen „Trieb“, „mit der Masse zu verschmelzen und sich damit selbst in ihr zu verlieren“ (Mouffe 2007, 34), zur anthropologischen Konstante adelt. Daher müsse die Linke Propaganda, heute ‚Affektpolitik‘ genannt, betreiben.



industriellen Kapitals<sup>88</sup> und der grundsätzlichen Affirmation des Privateigentums an Produktionsmitteln beruht.<sup>89</sup> Werden dem Kapitalverhältnis völlig äußerliche Kriterien ‚guter‘, ‚schaffender‘ Produktion unterlegt und die Abweichung davon als Verschwörung und Herrschaft der Reichen (Plutokratie) getadelt, die das gute Ziel mit dem Zweck der Vermehrung ihrer Vermögen (und damit der Befriedigung ihrer Luxusbedürfnisse) korrumpieren, so kann von einem Verständnis kapitalistischer Produktionsverhältnisse keine Rede sein. Als Lösung empfiehlt sich dann auch letztlich das Pogrom, wie es das führende KPD-Mitglied Ruth Fischer 1923 auf einer gemeinsamen Veranstaltung von ‚Kommunisten‘ und völkischen Rechten propagiert hat: „Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner [...]?“<sup>90</sup>

Die Ignoranz gegenüber einem sozialpsychologisch informierten Begriff regressiver Ideologien und Bewegungen, die Abwesenheit einer ökonomiekritisch informierten Konzeption mystifizierter Wahrnehmung kapitalistischer Reproduktion, das Fehlen einer kontextsensiblen Einschätzung der völkischen Tradition des deutschen Nationalismus und überhaupt ein problematisches Verständnis von Gesellschaftskritik zeichnen also Laclaus Beiträge zu Faschismus und Populismus in Auseinandersetzung mit Poulantzas aus. Laclaus Kunstgriff, der Nationalismus habe „isoliert betrachtet“ keine Klassenkonnotation (87), krankt nicht nur an der unplausiblen Verknüpfung von ‚(proletarischem) Klasseninteresse‘ und ‚Sozialismus‘. Es ist gerade das Problem des Nation-Begriffs, dass er als Signifikant – isoliert betrachtet und linguistisch abstrakt gefasst – arbiträr mit Bedeutungen versehen ist, es aber mehr als fraglich ist, ob irgendeine historisch gegebene Bedeutung von ‚Nation‘, die sich in Institutionen, Diskursen und Bedürfnisstrukturen verfestigt hat, mit dem Projekt sozialistischer Emanzipation in Marxscher Perspektive vereinbar war.<sup>91,92</sup> Es ist jedenfalls kein Zufall, dass Laclau sich positiv auf die nationalistische Politik der KPD bezieht, die faktisch zum Legitimationsbeschaffer faschistischer Ressentiments wurde, denn Laclaus

---

<sup>88</sup> Vgl. zur Kritik an diesem Pseudoantikapitalismus v.a. Postone 2005, Heinrich 2005, 186-192 sowie Sternhell 1999, 311, der die ‚Anti-Plutokratie‘ als „eine[n] der großen Wanderwege der Linken zum Faschismus“ beschreibt.

<sup>89</sup> Vgl. Barkai 1998, 29, 94ff., 230 sowie Sternhell 1999.

<sup>90</sup> Zitiert nach Hauray 2002, 283.

<sup>91</sup> Stuart Hall kritisiert an Laclau, dass der abstrakt korrekte linguistische Gedanke der Arbitrarität der Zeichensynthese (der Signifikant ‚Volk‘ und sein jeweiliges Signifikat sind nicht notwendig verknüpft) nicht berücksichtigt, dass der Volksbegriff sich historisch relativ stabil mit den Ideologien und Praktiken der herrschenden Klassen verbinden kann und dann nicht mehr willkürlich umbesetzen lässt (vgl. Hall 1986, 97). Außerdem ist zu betonen, dass die Gründe für die *sozialistische* Revolution *keinerlei* nationale Spezifizierung zulassen: Kapitalistische – und nicht deutsche, englische oder italienische – Ausbeutung, Krisenhaftigkeit und Entfremdung sind hier zu überwinden. Ob sich die Leute dann noch verschiedener Sprachen und Kulturen erfreuen und bedienen, bleibt ihnen überlassen, nationalstaatliche Zwangsidentitäten sind damit aber nicht verbunden. Zum, bei allen Ambivalenzen, prinzipiell antiemanzipatorischen Charakter *aller* Nationalismen vgl. ausführlich Mense 2016, v.a. 27, 65, 185-192.

<sup>92</sup> Das bedeutet nicht, dass es undenkbar ist, dass der Appell an die ‚Nation‘ in antikolonialen oder der antisemitischen Vernichtungswut entgegentretenden Praktiken eine sinnvolle *defensive* Rolle spielen kann, die die weitere Möglichkeit emanzipatorischer Praktiken bewahren helfen könnte. In der antiimperialistischen Ideologie geht dieser rein situative und jeweils eingehend zu begründende Aspekt der nationalen Anrufung aber in eine besinnungslose Affirmation des Volkes-als-Nation über, die sich zum nützlichen Idioten noch metropolitaner herrschender Klassen machen lässt und rechten Ressentiments Legitimität verleiht, statt sie zu bekämpfen – wie geschehen nicht nur im Falle der KPD in der Weimarer Republik. So lobt Laclau Poulantzas‘ vermeintlich „entwickeltere Position“ (Laclau 1981b, 189) aus späteren Schriften, in der dieser einen progressiven Aspekt europäischer metropolitaner Nationalismen (z.B. des Gaullismus) erkennt, weil diese gegen die Vorherrschaft des ‚US-Imperialismus‘ gerichtet seien. Als wären de Gaulles Ziele um einen Deut besser gewesen als die der US-Bourgeoisie, nur weil er weniger erfolgreich in der internationalen Konkurrenz war. Laclau und Poulantzas legen mit solchen ‚Argumenten‘ exakt die Mentalität an den Tag, die die Sozialdemokratien Europas 1914 geprägt haben und in den Ersten Weltkrieg führten: ‚Unsere Bourgeoisie ist zu unterstützen, weil die anderen Staaten uns überrennen wollen und viel barbarischer sind als wir‘.

Hegemoniekonzeption in den hier untersuchten Beiträgen entbehrt jedes kategorialen Mittels, um sich gegen eine diskurstheoretisch aufgemotzte Querfrontstrategie abzugrenzen.<sup>93</sup>

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1979): Theorie der Halbbildung. In: Ders.: Soziologische Schriften I. Frankfurt/M.
- Althusser, Louis (2012) [1969]: Der Überbau: Über die Reproduktion der Produktionsverhältnisse. In: Ders.: Über die Reproduktion. Ideologie und ideologische Staatsapparate, 2. Halbband. Hamburg.
- Balibar, Etienne (1972) [1965]: Über die Grundbegriffe des historischen Materialismus. In: L. Althusser/E. Balibar, Das Kapital lesen, Bd. 2. Hamburg.
- Barkai, Avraham (1998) [1977]: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945. Frankfurt/M.
- Berding, Helmut (1988): Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt/M.
- Dimitroff, Georgi (1976) [1935]: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. In: Ders.: Ausgewählte Schriften 1933-1945. Köln.
- Elbe, Ingo (2008): Rechtsform und Produktionsverhältnisse. Anmerkungen zu einem blinden Fleck in der Gesellschaftstheorie von Nicos Poulantzas. In: U. Lindner/J. Nowak/P. Paust-Lassen (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Münster.
- Ders. (2010) [2008]: Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965. 2. Aufl. Berlin.
- Ders. (2015): Paradigmen anonymer Herrschaft. Politische Philosophie von Hobbes bis Arendt. Würzburg.
- Freud, Sigmund (1995) [1917]: Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. Frankfurt/M.
- Fromm, Erich (1989) [1936]: Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In: Ders.: Gesamtausgabe Bd. 1. München.
- Giddens, Anthony (1984) [1973]: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt/M.
- Godelier, Maurice (1990) [1984]: Natur, Arbeit, Geschichte. Zu einer universalgeschichtlichen Theorie der Wirtschaftsformen. Hamburg.
- Hall, Stuart (1986): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: H. Dubiel (Hg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M.
- Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg.
- Heinrich, Michael (2005) [2004]: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. 3. Aufl. Stuttgart.
- Hirsch, Michael (2009): Libertäre Demokratie im neoliberalen Staat. Die Begriffe Staat, Politik, Demokratie und Recht im Poststrukturalismus und Postmarxismus der Gegenwart. In: Ders./R. Voigt (Hg.): Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken. Stuttgart.

---

<sup>93</sup> Ich gebe Olaf Kistenmacher allerdings Recht, dass eine offizielle und formale Querfront zwischen linken und rechten Kräften in solchen linksnationalistischen Strategien wie derjenigen Laclaus nicht unbedingt angestrebt werden muss. Wichtig, so Kistenmacher zu Recht am Beispiel der KPD der Weimarer Republik, ist, dass diese linke Strategie der national-populären Anrufung einen eigenen und spezifisch codierten antimarxistischen und antiemanzipatorischen Nationalismus und Antisemitismus hervorbringt (vgl. Kistenmacher 2016b, 9).

- Hoffmann, Jürgen (1996): Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur. Grundzüge der deutschen Gesellschaftsgeschichte. Vom Feudalsystem bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990. Dreizehn Vorlesungen. Münster.
- Holz, Klaus (2010): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Neuausgabe. Hamburg.
- Hume, David (2005) [1748]: Eine Untersuchung über den menschlichen Verstand. Hamburg.
- Kistenmacher, Olaf (2016a): Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fahne* während der Weimarer Republik. Bremen.
- Ders. (2016b): National und bolschewistisch – nicht nationalbolschewistisch. Die KPD zur Zeit der Weimarer Republik. <http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/National-und-bolschewistisch-nicht.html>
- Koch, Max (2006): Poulantzas' Beitrag zur Klassen- und Sozialstrukturanalyse. In: L. Bretthauer/A. Gallas/J. Kannankulam/I. Stützle (Hg.): Poulantzas lesen – Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg.
- Kocyba, Hermann (1979): Widerspruch und Theoriestruktur. Zur Darstellungsmethode im Marxschen ‚Kapital‘. Frankfurt/M.
- Laclau, Ernesto (1981a) [1976]: Die Spezifik des Politischen. In: Ders.: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus-Faschismus-Populismus. Berlin.
- Ders. (1981b) [1977]: Faschismus und Ideologie. In: ebd.
- Ders. (1981c) [1977]: Zu einer Theorie des Populismus. In: ebd.
- Ders. (1981d) [1979]: Populistischer Bruch und Diskurs. In: ebd.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2000) [1985]: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Lindner, Urs (2006): Staat, Herrschaft und Politik. Zum Verhältnis Poulantzas-Foucault. In: L. Bretthauer/A. Gallas/J. Kannankulam/I. Stützle (Hg.): Poulantzas lesen- Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg.
- Machunsky, Niklaas (2007): Badiou – Meisterdenker des Ausnahmezustands. In: Prodomo. Zeitschrift in eigener Sache Nr. 7.
- Marchart, Oliver (2011) [2010]: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. 2. Aufl. Frankfurt/M.
- Marx, Karl (1974): Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil = MEW 26.2, 3. Aufl., Berlin.
- Ders. (1988) [1863-65]: Das Kapital (Ökonomisches Manuskript 1863-1865). Erstes Buch. In: MEGA II/4.1. Ökonomische Manuskripte 1863-1867. Teil 1. Berlin.
- Ders. (1989) [1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 3. Band: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. MEW 25. 30. Aufl. Berlin.
- Ders. (1993) [1867/72]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 1. Band: Der Produktionsprozess des Kapitals. MEW 23. 18. Aufl. Berlin.
- Mense, Thorsten (2016): Kritik des Nationalismus. Stuttgart.
- Miliband, Ralph (1976a) [1970]: Der kapitalistische Staat. Antwort an Nicos Poulantzas. In: Nicos Poulantzas/Ralph Miliband, Kontroverse über den kapitalistischen Staat. Mit einem Beitrag von Ernesto Laclau. Berlin.
- Ders. (1976b) [1973]: Poulantzas und der kapitalistische Staat. In: ebd.
- Mouffe, Chantal (2007) [2005]: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. 2. Aufl. Frankfurt/M.
- Dies. (2013) [2000]: Das demokratische Paradox. Wien.
- Opratto, Benjamin (2007): Ein theoretischer Universalschlüssel? Zur Ontologisierung des Hegemoniebegriffs bei Laclau und Mouffe. In: M. Nonhoff (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld.
- Ders. (2012): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster.

- Postone, Moishe (2005) [1982]: Antisemitismus und Nationalsozialismus. [http://www.isf-freiburg.org/verlag/leseproben/postone-deutschland\\_lp.html](http://www.isf-freiburg.org/verlag/leseproben/postone-deutschland_lp.html) (letzter Zugriff: 9.5.2013)
- Poulantzas, Nicos (1973) [1970]: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. München.
- Ders. (1974) [1968]: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt/M.
- Ders. (1976a) [1969]: Das Problem des kapitalistischen Staates. In: Nicos Poulantzas/Ralph Miliband, Kontroverse über den kapitalistischen Staat. Mit einem Beitrag von Ernesto Laclau. Berlin.
- Ders. (1976b) [1976]: Der kapitalistische Staat. Eine Antwort auf Miliband und Laclau. In: ebd.
- Ders. (1978) [1977]: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.
- Precht, Peter (1994): Saussure zur Einführung. Hamburg.
- Priester, Karin (2014): Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie. Würzburg.
- Rehmann, Jan (2008): Einführung in die Ideologietheorie. Hamburg.
- Rensmann, Lars (1998): Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Berlin-Hamburg.
- Roth, Klaus (2003): Genealogie des Staates. Prämissen des neuzeitlichen Politikdenkens. Berlin.
- Sablowski, Thomas (2006): Krise und Staatlichkeit bei Poulantzas. In: L. Bretthauer/A. Gallas/J. Kannankulam/I. Stützle (Hg.): Poulantzas lesen- Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg.
- Schuck, Hartwig (2014): Wie objektiv sind Interessen? Facetten und Funktionen des Interessenbegriffs in kritischen Analysen sozialer Verhältnisse. In: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie Bd.1/Heft 2.
- Stäheli, Urs (2001): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: A. Brodocz/G.S. Schaal (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart II. Opladen.
- Sternhell, Zeev/Sznaider, Mario/Asheri, Maia (1999) [1989]: Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburg.
- Wallat, Hendrik (2010): Politica perennis. Zur politischen Philosophie des Postmarxismus. In: D. Dumbadze/I. Elbe/S. Ellmers (Hg.): Kritik der politischen Philosophie. Eigentum, Gesellschaftsvertrag, Staat II. Münster.
- Wolf, Dieter (1985): Ware und Geld. Der dialektische Widerspruch im Kapital. Hamburg.